

Österreich perfektioniert seinen institutionellen Rassismus

Außerdem in dieser Nummer:

Zum Abriß kommen sie mit dem Panzer... — SlumbewohnerInnen im Widerstand

Antifa: über Habsburg in Göttingen, das Zurecht-lügen der historischen Wahrheit am Beispiel der KZ's und über die alte "neue" Rechte

Analyse: Terrorismus-konstrukte des spanischen Staates

Rezension: Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur

Deren Heer: Geometrie, Subversion und ein OGH-Urteil

Antirassistischer Widerstand gegen die Belagerung des Flüchtlingsheimes in Mannheim

Kurzmeldungen

Betrifft: TATblatt

Termine

(sonst fällt ma nix mehr ein...)

Nach Verschärfung des Fremdenpolizei-, des Paß- und des Asylgesetzes wird nun Österreich mit Beschluß des "Aufenthaltsgesetzes" vollends dicht gemacht. Der Geist des Gesetzes ist durch und durch rassistisch. Die Chance auf Familienzusammenführung etwa gilt nur für die engsten Familienangehörigen, weil andernfalls die Möglichkeiten der Begrenzung des Ausländerzuzugs zu sehr eingeschränkt würden. Sie liegt daher im Interesse der "öffentlichen Ruhe und Ordnung" und des "wirtschaftlichen Wohles des Landes"..... (Erläuterungen zur Regierungsvorlage).

Damit ist ja wohl klargestellt, daß es den ProtagonistInnen des Gesetzes um eine "Begrenzung des Ausländerzuzugs" an sich geht. Fremdenfeindlichkeit ist Herr und Frau ÖsterreicherIn wahrlich nicht fremd, aber mit dem Aufenthaltsgesetz wird dem Alltagsrassismus eine neue Qualität hinzugefügt. ÖsterreicherInnen sind nun wieder so etwas wie Herrenmenschen; nicht nur in Österreich, sondern innerhalb der "Festung Euro-

pa". Denn dieses Gesetz vollzieht genau das vor, was die BRD, Frankreich und die Benelux-Staaten allen EGLändern mit den Schengener Abkommen vorschreiben wollen.

Österreich ist puncto institutionellem Rassismus führend auf diesem Kontinent. Und das ist eine Bedingung, mit der wir als Linke umgehen lernen müssen.

Ein Staat, der zwischen wertvolleren und wertloseren Menschen unterscheidet (und nichts anderes tut das Aufenthaltsgesetz), muß grundsätzlich ein Gegner sein.

Welche an den Vorteilen der

Rassisten mitnaschen wollen, stellen sich automatisch gegen die Menschen aus der sogenannten "dritten Welt"; gegen Menschen mit anderer Hautfarbe, geringer Bildung, ohne Geld,..... Wenn den Damen und Herren, die am 8. oder 9. Juli dieses rassistische Gesetz beschließen werden, soviel Wert auf Ruhe und Ordnung legen, dann liegt es an uns zu beweisen, daß wir nur OHNE dieses Gesetz ruhig und ordentlich sein werden! (Mehr zum geplanten Aufenthaltsgesetz auf der nächsten Seite...)

**Belagern wir die Grenzen!
Camp gegen Rassismus und Ostwall
1. bis 4. September 1992
Infos: 0222/535 91 09**

Bleiberecht für Alle!

Für freies Fluten!

Hungerstreik für Umwelt, Bauern und Bäuerinnen

Die Situation der Bauern und Bäuerinnen in Österreich war noch nie besonders rosig. Doch jetzt, angesichts der Schaffung des EWR, der Anbiederung Österreichs an die EG und der ins Haus stehenden GATT-Reform, scheint sie noch übler zu werden. Am Mittwoch, dem 24. Juni, stand ein neues Landwirtschaftsgesetz zur Debatte. Zum neuen Gesetz, zur Kritik daran und zum Hungerstreik dagegen siehe im TATblattinneren.

Und das ist wohl auch beabsichtigt. Würde die Zählfunktion allein erfüllt werden müssen, reichte eine Stricherliste, gegebenenfalls unter Anführung des Alters und des Berufes. Verfassungswidrig!

§10

Menschen mit bewilligter Bewilligung unterliegen noch immer dem Fremdenpolizeigesetz. D.h., daß sie der weiterhin der Bullenwillkür unterliegen und jederzeit abgeschoben werden können.

§11

Den "bewilligten AusländerInnen" ist "Integrationshilfe" zu gewähren. Gedacht ist an Sprachkurse, Weiterbildungskursen, Einführung in die österreichische Kultur und Geschichte sowie gemeinsame Veranstaltungen von ÖsterreicherInnen und AusländerInnen und Weitergabe von Informationen über den Wohnungsmarkt. Die Integrationsmaßnahmen sollen von privater und kirchlicher Seite durchgeführt werden.

Rassismus in der BRD: Keine Ruhe in Mannheim

Für die BewohnerInnen des Flüchtlingsheimes in Mannheim-Schönau ist es nach wie vor nicht möglich, ihren Wohnort sicher verlassen und wieder aufsuchen zu können. Über die rassistischen Angriffe gegen das Flüchtlingsheim berichteten wir bereits im letzten TATblatt. Die Situation ist nach wie vor gespannt.

(TATblatt-Wien)

Gegen den gewalttätigen Polizeieinsatz in Mannheim am 6. Juni fanden in mehreren Städten in der BRD Demos statt, so zB. in Mainz, von 150 Leuten in Heidelberg und rund 100 in Göttingen. Am Montag darauf gab dort eine erneute Demo mit 500 Menschen.

Am Samstag, dem 13. Juni fand in Mannheim eine bundesweite Demonstration mit rund 2.500 Leuten statt. Trotz Verbotes gab es keine Auseinandersetzungen. Nachdem die Repression eine Woche zuvor auf der Gewaltschiene lief, fand sie diesmal bereits im Vorfeld statt: Rund 250 Leute wurden auf dem Weg zur Demo (oder vielleicht wollten welche auch anderswohin) in "Vorbeugehaft" genommen, weil sie Knüppel, Vermummungsgegenstände oder ähnliches dabei hatten oder auch einfach so. Ganze Autokonvois wurden eingekesselt. Der Konvoi aus Karlsruhe — Treffpunkt für Süddeutschland — wurde noch dort eingekesselt und die Fahrzeuge durchsucht. Die Leute machten zwar eine Spontandemo vor Ort, konnten diesen aber erst um 20.00 Uhr wieder verlassen.

Nach diesen Kriminalisierungswellen wandelte sich der Widerstand gegen die rassistischen Angriffe, stellte sich auf Koninuität ein: Seit Freitag, dem 19. Juni, findet ein Hungerstreik in einem Zelt auf dem Mann-

Die Kultur und Geschichte der Menschen, die nach Österreich kommen (dürfen), wird nicht behandelt, geschweige denn ihre Ausübung gefördert.

§12 erlaubt der Regierung, zu Kriegszeiten bestimmte Bevölkerungsgruppen vorübergehend aufzunehmen. Wir werden ja sehen, ob dies auch für KurdInnen oder Menschen aus Afrika gilt.

Die §§ 13, 14 und 15 sind Übergangsregelungen und bestimmen den Zeitpunkt des Inkrafttretens (1.7.1993).

Am 9. Juli wird das Aufenthaltsgesetz im Parlament verhandelt. Die Grünen wollen das Gesetz mit dem Argument kippen, daß sich das Gesetz noch auf das geltende Fremdenpolizeigesetz und Paßgesetz beziehe. Diese Gesetze sollen aber nur mehr bis Ende 1992 gelten und dann durch ein neues "Fremdengesetz" ersetzt werden, dessen Entwurf schon vorliegt. Es liegt an euch & uns, bis 9. Juni eine Mobilisierung gegen dieses rassistische Aufenthaltsgesetz zu erreichen, die hoffentlich dann auch über den Standpunkt der Grünen hinausgeht...●

Wir haben im letzten TATblatt den Text einer "Presseerklärung zu den Ereignissen im Mannheim und Schönau" veröffentlicht. Diese Erklärung wurde am 7. Juni vom Antirassistischen/Antifaschistischen Infotelefon in Frankfurt/Main verschickt. Leider kamen bei uns nur die ersten vier Seiten an, also haben wir halt die veröffentlicht. Der Setzer war leider so genial, daß er meine Anmerkung "Fax endet hier" weggelöscht hat. Wir dokumentieren hier also den Teil des Textes, der sich mit der Demo am 6. Juni beschäftigt, und den Schluß. Das heißt, wir beginnen kurz vor der Stelle, wo wir das letzte Mal aufgehört haben.

Nachtrag zur "Presseerklärung zu den Ereignissen im Mannheim und Schönau"

Parallel zur kontinuierlichen Anwesenheit antirassistischer/antifaschistischer Gruppen vor dem Lager wurde eine bundesweite Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit und für ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge vorbereitet. Die Demonstration, die von Gruppen aus vielen Städten der BRD getragen wurde, sollte am Samstag, 6.6., vor dem Lager in Schönau beginnen, durch den Stadtteil führen und mit einer großen Mahnwache vor dem Lager enden. OB Widder ließ die Demonstration kurzerhand verbieten, besorgt um die "Sicherheit und Ordnung" der Stadt — nicht der Flüchtlinge.

Aufgrund des Verbotes für den Stadtteil Schönau versammelten sich am Samstag gegen 19.00 Uhr ca. 500 Menschen auf dem Paradeplatz in der Mannheimer Innenstadt.

Mit einer Spontandemonstration, die juristisch nicht zu untersagen ist, sollte trotz des Schönauer Versammlungsverbotes eine Gegenöffentlichkeit zu den Ereignissen hergestellt werden. Schon im Vorfeld wurden ca. 40 Personen in der Nähe des Paradeplatzes eingekesselt und verhaftet. Auf



dem Platz selbst verkündeten SEK-Einheiten aus Göppingen, Karlsruhe, Mannheim und Stuttgart ein Versammlungsverbot für das ganze Stadtgebiet Mannheim. Der Versammlungsplatz sollte binnen vier Minuten geräumt werden, an die anwesenden PassantInnen erging die Aufforderung, sich vom Platz zu entfernen, da ansonsten für die Sicherheit nicht garantiert werden könne. Ca. um 19.15 Uhr stürmten mehrere Hundertschaften der zur Aufstandsbekämpfung trainierten Kommandos unter brutalstem Schlagstockeinsatz den Platz. Der sich gerade formierende Demonstrationszug wurde zerschlagen, wahllos Menschen verhaftet und mißhandelt, sowie mehrere Kessel gebildet.

Vor den Augen der empörten Bevölkerung wurden willkürlich PassantInnen, VertreterInnen der Presse und DemonstrantInnen mit Holzknüppeln verprügelt, durch ziellos eingesetzte Hundestaffeln verletzt, beschimpft und verhaftet. Viele von ihnen mußten schwer verletzt in Krankenhäuser transportiert werden. Die fortdauernden Behinderungen der der Rettungsmaßnahmen durch die Polizei konnte nur durch die Anwesenheit energisch auftretender Sanitäter und Ärzte gestoppt werden. Parallel zu den Prügelorgien, die bei großen Teilen der

auf der Fußgängerzone Anwesenden Entsetzen verursachten, wurde das Mannheimer Jugendzentrum von der Polizei aufgebrochen und gestürmt. Auch hier wurden zahlreiche Personen festgenommen und verletzt.

Jugendliche AusländerInnen wurden mit der Begründung, er seien schließlich Ausländer, gejagt und festgenommen. Nach dreistündigem Einsatz der SEK-Trupps waren wegen einer Ordnungswidrigkeit, nämlich dem "Verstoß gegen das Versammlungsverbot, ca. 60 Personen z.T. schwer verletzt und ca. 160 Personen festgenommen. Diese wurden die ganze Nacht über festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt.

Dieser Einsatz ist mit nichts zu erklären, außer mit der persönlichen und politischen Einstellung vieler PolizistInnen und ihrer Verantwortlichen, dem OB Widder und dem Mannheimer Polizeipräsidenten. Die Stadt Mannheim hat deutlich gezeigt, daß grundlegende Menschenrechte in Baden-Württemberg nicht zählen.

Grundsätzlich wird in der BRD Protest und Widerstand gegen Rassismus und Faschismus als strafbare Handlung bekämpft und Personen, die sich für ein menschenwürdiges Leben von Flüchtlingen einsetzen, wer-

den von Aufstandsbekämpfungseinheiten niedergeknüppelt und eingesperrt.

Faschisten hingegen werden traditionsgemäß, selbst wenn sie versuchter oder tatsächlicher Mordanschläge gegen Flüchtlinge oder Linke überführt werden, mit Samthandschuhen behandelt und oft freigesprochen. Ideologisch werden sie unterstützt durch die inzwischen salonfähig gewordenen Parolen. Was vor einigen Jahren noch als faschistisch abgelehnt wurde, gehört heute zum Programm der etablierten Parteien.

In einer Zeit, in der Angriffe auf Flüchtlinge und Linke zur Tagesordnung gehören, in der staatlich geförderter Rassismus über Gesetzgebung, Medien und verantwortliche Politiker Normalität ist, gilt es mehr denn je massiv für ein menschenwürdiges Leben der Flüchtlinge einzutreten.

Wir fordern alle fortschrittlich denkenden Menschen und Organisationen auf, sich gegen den gesamtgesellschaftlichen Rassismus zu stellen und sich an Aktionen und Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zu beteiligen!!!!

**Hoch die internationale Solidarität!!!
Bleiberecht für alle!!!
Schaut nicht weg!!! Greift ein!!!**

Von einem geplatzten Treffen der Paneuropa-Jugend und einer Reaktion auf den Polizeistaat á la Mannheim

(Autonome Antifa-Göttingen/Gekürzt)

Am 12.Juni wollte die Paneuropa-Jugend, Kreisverband Göttingen, eine Veranstaltung mit Otto Habsburg (anm. Tb im Flug wird er immer 'von' genannt, oba des gibts und brauchn ma net !) im Hotel "Freizeit In" durchführen. Diese Veranstaltung platzte. Wie kam es dazu?

Im Januar 1992 wurde in Göttingen der Kreisverband der Paneuropa-Jugend (PEJ) gegründet. Dieses Ereignis wurde von der Presse mit Interesse und positiver Berichterstattung verfolgt. Der PEJ-Kreisverband wollte zunächst die Räumlichkeiten der Universität Göttingen für die Veranstaltung am 12.Juni anmieten. Vermutlich aus politischer Weitsicht verweigerte der Universitätspräsident der PEJ die Räumlichkeiten, da die Universität Göttingen auch in der Vergangenheit schon häufiger Ort engagierter politischer Auseinandersetzungen war.

Die Paneuropa-Jugend mit ihrem Ortsvorsitzenden Mathi Müller-Heibert mußte also umplanen, suchte und fand schließlich im Tagungshotel "Freizeit In" einen Veranstaltungsort.

Da die Abbelegenheit des Hotels für uns kein Anlaß zur Untätigkeit war, mobilisierten wir wie geplant zu einer Verhinderung der Veranstaltung mit Habsburg.

An den von uns einberufenen Vorbereitungsstreffen zur Verhinderung der PEJ-Veranstaltung nahmen verschiedene Grup-

pen aus dem autonomen bzw. linken Spektrum teil, so daß abzusehen war, daß sich viele an der Verhinderungsaktion beteiligen würden.

Am 9.Juni 1992 führte die Autonome Antifa (M) eine ausführliche Informationsveranstaltung zum Thema "Neue Rechte-Etwas Neues?" im Grünen Zentrum durch. Neben diesen Vorbereitungen, richteten wir ein ausführliches Schreiben an die Geschäftsführung des "Freizeit In", in dem sie aufgefordert wurde, der PEJ und dem Aushängeschild der Paneuropa-Union Otto Habsburg nicht die Möglichkeit zu bieten, reaktionär rechte Propaganda zu verbreiten. Zusätzlich erhielt die Geschäftsführung detailliertes Infomaterial zu ihren potentiellen Kunden. Natürlich unterrichteten wir sie bei dieser Gelegenheit auch von unseren geplanten Aktivitäten.

Es ist anzunehmen, daß auch die Solidaritätsaktionen vom 6. bzw. 8. Juni in Göttingen zu der in Mannheim am 6. Juni von der Polizei zusammengeknüppelten "Pro-Asyl" Demo, die Geschäftsführung des "Freizeit In" dazu bewegen haben mag, ihre Räumlichkeiten der PEJ nicht zur Verfügung zu stellen.

In Mannheim wurde in den vergangenen Wochen ein Wohnheim für AsylwerberInnen von Neofaschisten und dumpfdeutschen Pöbel regelrecht belagert und die BewohnerInnen terrorisiert. Aus diesem Grund planten Autonome Gruppen für den

6. Juni eine Demonstration durch Mannheim, die verboten wurde aber trotzdem stattfinden sollte. Wenige Minuten nach Beginn der Demo wurde sie von der Polizei brutal zusammengeknüppelt. Doch damit nicht genug. Nachdem viele Menschen vor den Polizeiknüppeln in ein nahegelegenes Jugendzentrum flüchteten, wurde es von der Polizei sofort gestürmt. Resultat der Menschenjagd: Über Hundert Festnahmen und mehr als 40 Verletzte, viele davon schwer.

In Göttingen war es am gleichen Abend noch zu einer Solidaritätsdemo mit ca. 100 TeilnehmerInnen gekommen, in deren Verlauf die Polizei angegriffen wurde und die Schaufensterscheiben der Deutschen Bank zu Bruch gingen. Am Montag darauf, dem 8. Juni, demonstrierten dann nochmal 200 Menschen tagsüber. Wenn die Staatsmacht die Situation wie in Mannheim eskaliert, dann muß wissen, daß darauf immer eine Antwort erfolgen wird.

Welche Gründe das "Freizeit In" auch immer dazu bewegen haben mag, die PEJ-Veranstaltung nicht bei sich über die Bühne gehen zu lassen-vermutlich die Angst vor geschäftsschädigenden Schlagzeilen-wir haben das uns gesetzte Ziel erreicht. Habsburg konnte seine Propaganda in Göttingen nicht öffentlich unter die Leute bringen! Diesmal genügte schon ein deutlicher Brief, um unser Ziel zu erreichen — wir schießen nicht mit Kanonen auf Spatzen!

Otto Habsburg, Adelsmann im Netz der Neuen Rechten !

(Autonome Antifa-Göttingen)

Geboren wurde Otto Habsburg am 20.11. 1912 als Sohn des letzten Kaisers von Österreich-Ungarn, Karl I. und der Kaiserin Zita. Erst 1961 verzichtete auf die Thronfolge und die Mitgliedschaft im Hause Habsburg-Lothringen und damit gleichzeitig auf die Besitz- und Herrschaftsansprüche, die aus der Thronfolge erwachsen würden.

Seit 1973 ist Otto Habsburg internationaler Präsident der Paneuropa-Union (PEU), einer Organisation, der europaweit rund 200 000 MitgliederInnen angehören sollen.

Darüber hinaus ist er seit 1979 parteiloser Abgeordneter des Europaparlaments, in welches er auf der Liste der bayrischen CSU einzug. Er ist Unterstützer, Referent und Mitglied zahlreicher CSU-naher, revanchistischer und zum Teil faschistischer Stiftungen und Organisationen. Ebenfalls ist er seit 1975 außenpolitischer Berater der ultrarechten CSU-nahen "Hanns-Seidl-Stiftung", Mitglied der "Sudetendeutschen Landsmannschaft", Mitglied beim "Hilfskomitee Freiheit für Rudolf Hess", Ehrenpräsident auf Lebenszeit des "Europäischen Dokumentations- und Informationszentrums" in Madrid,

dessen Präsident er von 1953 bis 1960 war.

1979 war Habsburg Referent auf der Jahrestagung des faschistischen "Witikbundes" sowie 1978 Referent auf dem Europa-Seminar der "Ludwig-Frank-Stiftung, dessen Kuratoriumsmitglied er ebenfalls ist.

Sympathien

1973 schlug Francos Informationsminister Sanchez Bella Otto Habsburg als spanischen Ministerpräsidenten vor, nachdem der ehemalige Ministerpräsident Blanco von Baskischen WiderstandskämpferInnen in die Luft gesprengt war. (Franco war 1936 mit Hilfe Hitlers und Mussolinis in Spanien an die Macht gelangt und herrschte dort mit seinem faschistischen Regime bis 1976). Überhaupt macht Otto von Habsburg kein Hehl daraus, welches Verhältnis er zu faschistischen Organisationen und deren VertreterInnen hat. So bezeichnete er 1979 den "Führer" Spaniens, Franco, als "Heldenhafter Besieger der Kommunisten".

Auf einem Symposium von Europas Christdemokraten warnte er davor, die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) zu verket-

zern, denn auch diese Partei habe "wertvolle europäische Ordnungsvorstellungen."

Diese und ähnliche Äußerungen führten 1978 dazu, daß ein SPD Abgeordneter die Initiative ergriff, nachdem Habsburg seine Einbürgerung in die Bundesrepublik beantragte. Der SPDler bat die bayrische Regierung um die Prüfung der Frage, ob der am Starnberger See lebende Kaisersohn mit österreichischer Staatsbürgerschaft nicht "wegen eindeutiger verfassungswidriger Aktivitäten" aus der Bundesrepublik auszuweisen sei. Bereits am 9. Juni 1978 wurde Habsburg die Einbürgerungsurkunde im Eilverfahren überreicht.

Daß die Übereilte Einbürgerung Habsburgs etwas mit der von ihm angestrebten Kandidatur auf der Liste der CSU zum Europaparlament 1979 zu tun haben könnte, wurde vehement bestritten. Es könnte noch unzählige Beispiele zur Person Habsburg angeführt werden, jedoch wird die Bedeutung Habsburgs, vor allem der Stiftungen und Organisationen, erst deutlich, betrachtet mensch die bundesdeutschen und europaweiten Verflechtungen unzähliger rechter Organisationen. ●

Faschistische Kontinuitäten:

Neue Rechte — etwas neues ?

(Autonome Antifa-Göttingen)

Die sogenannte Neue Rechte ist keinesfalls etwas neues, sondern die Fortsetzung verschiedener traditioneller faschistischer Ideologieströmungen. Sie ist keine Partei, sondern entwickelte sich in den letzten Jahren zum ideologischen Kopf der faschistischen Sammlungsbestrebungen. Der Begriff "Neue Rechte" ist Ende der 60er Jahre in provozierender Abgrenzung zum Begriff der "Neuen Linken" gewählt worden. Ihre Vorläufer und Wurzel hat die Neue Rechte im Rassismus und Sozialdarwinismus (auch Überlebenskampfphilosophie). Historisch bezieht sich die Neue Rechte immer wieder auf bestimmte Organisationen und Personen, so zum Beispiel:

Joseph Arthur Gobineau - ein Aristokrat des 19. Jahrhunderts, der zur Festigung seiner Feudalposition gegen Demokratie- und Gleichheitsgedanken Front machte. In seiner Buchreihe "Ungleichheit der Menschenrasse" führt er den seiner Ansicht nach zunehmenden "Kulturverfall" auf die Bastardisierung "hochwertiger" mit "minderwertiger" Rassen zurück. Als Kernaussage seiner Ausführungen steht, daß die Rasse als alleiniger Kulturträger der Welt übrig bleibt. Stuart Chamberlain spitzte Gobineaus Thesen weiter zu. Kulturträger waren bei ihm das Germanentum und insbesondere das Deutsche, welches berufen sei, "die ganze Erdkugel zu beherrschen".

Diese Ideologie hat, bei der "Neuen" Rechten auch heute noch, im Kern zum Ziel, die bestehenden imperialistischen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse zu stabilisieren. Auch wenn dies oft scheinbar im Widerspruch zu nationalistischen Interessen steht. Durch die Kategorie der Rasse und ihre Definition als "Blutgemeinschaft" werden Klassenwidersprüche geleugnet und stattdessen eine "Volksgemeinschaft" suggeriert. Eine Forderung lautet beispielsweise: "Gleiches Blut" kämpft nicht gegen "gleiches Blut".

Die Strategie der "Neuen" Rechten

Ziel der "Neuen" Rechten Strategie ist die Schaffung eines großeuropäischen Reiches mit den Kernländern Deutschland und Frankreich als Zentrum der neuen Weltordnung. Diese "Nation Europa" ordnet dann den Rest der Welt. Das diese alte Neue-Rechte-Idee mittlerweile auch Ziel offizieller Europapolitik ist, zeigt, wie weit neurechte Ideologie und imperialistisch-kapitalistische Interessen sich überschneiden.

Die Voraussetzungen zur Erlangung dieser Vormachtstellung ist für die Neue Rechten das Erreichen der "kulturellen Hegemonie" (Vormachtstellung). Dazu muß bemerkt werden, daß der Begriff der "kulturellen Hegemonie" von dem italienischen Kommunisten Gramsci geprägt wurde und von der "Neue?" Rechten für ihre Zwecke umgedeutet wurde.

Die ideologische Formierung der "Neuen" Rechten begann, wie bereits erwähnt, Ende der 60er Jahre. Dazu wurde aus den Kreisen der "Neuen" Rechten folgende Aussagen, als Basis für ihre weitere praktische und taktische Vorgehensweise, getätigt:

* Die Linke drohte durch die Studentenbewegung die kulturelle Hegemonie zu erlangen.

* Der Staat erwies sich diesen Bestrebungen gegenüber zu lasch.

Auf den Punkt läßt sich die Strategie der "Neuen" Rechten mit einem Zitat von Thora Ruth bringen. 1973 veröffentlicht im La-Plata-Brief, der vom ehemaligen Pressereferenten Joseph Goebbels' Wilfried von Oven herausgegeben wurde.

»Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, daß sie nicht mehr in das Klischee der "Ewiggestrigen" passen. Eine Werbeagentur muß sich auch nach dem Geschmack des Publikums richten und nicht nach dem eigenen. Und wenn kariert Mode ist, darf man sein Produkt nicht mit Pünktchen anpreisen. Der Sinn der Aussage muß freilich

der gleiche bleiben. Hier sind Zugeständnisse an die Mode zwecklos. In der Fremdarbeiterfrage etwa erntet man mit der Argumentation "Die sollen doch heimgehen" nur verständnisloses Grinsen. Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert "Dem Großkapital muß verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zum Menschen gebracht werden." Der Sinn bleibt der Gleiche: Fremdarbeiter raus! Die Reaktion der Zuhörer aber wird grundverschieden sein.«

Die Entwicklung

Es bildeten sich intellektuelle Kader und theoretische Zirkel, die die Erlangung der "kulturellen Vorherrschaft" vorbereiten sollten. Diese Kader beschäftigten sich mit politischen, philosophischen und ideologischen Fragen. Es wurden Artikel und Abwandlungen publiziert, die nichts mehr mit den Pamphleten der "ewiggestrigen" Faschisten zu tun hatten. Unter Verwendung von (pseudo)wissenschaftlicher und marxistischer Sprache verwirrten die Neue Rechte-Autoren ihre LeserInnen durch die scheinbar intellektuelle Qualität ihrer Publikationen. Zur Verwirrung trug allgemein noch bei, daß die "Neue" Rechte behauptete, politisch weder links noch rechts zu stehen — was zunächst so hingenommen wurde.

Zur Strategie der "Neuen" Rechten gehörte, vorerst auf die Gründung einer Massenorganisation zu verzichten und die Zersplitterung der neuen und alten Rechten stattdessen arbeitsteilig zu nutzen, um so verschiedenen Gruppen und Bereiche abzudecken. Die Zielgruppen sollen ökologische Gruppen, Friedensbewegte, Anarchos/as, enttäuschte KommunistInnen, aber auch Konservative, Christen und im Besonderen natürlich Alt- und Jungnazis und alle möglichen Nationalisten sein. ●

Zu den Terrorismuskonstrukten des Spanischen Staates

1. Verschiedene Aspekte der Desinformation. Schon Wochen vor den Polizeischüssen hat eine riesige Desinformationskampagne — nicht nur, wie bisher üblich, in erster Linie gegen die ETA, sondern in steigendem Maße auch gegen **HB** begonnen. **HB** (*Herri Batasuna*) ist eine Parlaments- und Bewegungspartei, in der verschiedene Richtungen und politische Gruppierungen der Linken der nationalen Selbstbestimmung Euskadis vertreten sind: Verhandler, Arbeiterpolitiker, radikalsozialistische Ökologen, Politiker, die die Option des bewaffneten Kampfes durch die komplexe Vielfalt gesellschaftlicher Bewegungen *ergänzen* und/oder *ersetzen* wollen, und Frauen gleichermaßen; und auch solche, die sich vom bewaffneten Kampf politisch absetzen, daher von einem Teil als Abschwörer eingestuft werden. Das breite Spektrum der Linken von Euskadi und der anderen Regionen des Spanischen Staates beurteilt, was nun bloß den militärischen Bereich betrifft, die

jeweiligen bewaffneten Aktionen der ETA jeweils sehr unterschiedlich; von Einheit, bzw. einheitlichem Einverständnis mit "der" Politik mit der *terroristischen Bande*, wie die ETA im Polizei- und Zeitungsjargon genannt wird — und mit dem Wort "Terrorist" wurden auch die Gefangenen in Sevilla in den Knästen niedergebrüllt! — durch den nichtmilitärischen antagonistischen Bereich kann nicht die Rede sein, wohl aber kann man etwa von einer großen einheitlichen Solidarität mit den baskischen Gefangenen und Polizeiopfern, mit einer massiven Unterstützung des Generalstreiks, mit einer weitgestreuten Unterstützung der dortigen *centros sociales* sprechen, von einem durch die Parteien gehenden Widerstand sowohl gegen die Guardia Civil (eines der Hauptunterdrückungsmittel der Franco-Regimes, das heute noch weiterbesteht), als auch gegen die nationale baskische Polizei, die *Ertzaintza*. Eine generelle Verurteilung von bewaffnetem Kampf überhaupt konnte

in HB nicht durchgesetzt werden. Überhaupt: es handelt sich nicht um eine rein "baskische" Sache, sondern um den radikalsten Brennpunkt permanenter sozialer Revolte im Gesamtterritorium des Spanischen Staates. Gerade aber solche Feinheiten kommen aber in der staatlichen Desinformation nicht zur Geltung, *sollen* nicht zur Geltung kommen!

Denn gerade hier setzt bewußt die vom Innenministerium, der Polizei, der Rechten einschließlich Sozialdemokratie gemeinsam vorangetriebene psychologische Kriegsführung in Form von Desinformation ein: die gesamte HB wird einfach unter die gesamte ETA subsumiert: das soll tunlichst eins und dasselbe sein.

Im Computer eines verhafteten ETA-Aktivisten wurde vor etwa 3 Monaten die Bezeichnung "unsere Basis" gefunden, Beweis für die spanischen Polizeizeitungen, daß damit nichts anderes als HB gemeint sein kann. Daraus hat sich natürlich klar eine Wirkungseinheit und terroristische Komplizität zwischen ETA und HB zu ergeben. Die Vielfalt der Positionen der HB ist nichts als eine listig vorgeschobene Taktik, die im Dienst des Terrorismus steht.

Diejenigen ehemaligen ETA-Aktivisten, die nunmehr zu den vorsichtigsten und moderatesten Verhandlern oder auch Distanzierern geworden sind, werden natürlich von der Polizeiöffentlichkeit und den rechten Parteien zu ködern versucht, ihnen wird das Goderl gekratzt, und es wird ständig beklagt, unter was für einem fürchterlichen Druck seitens der Terroristen sie stehen. Worauf läuft's hinaus? Die Desinformation versucht, nicht nur ETA und HB gegeneinander zu hetzen, sondern auch die HB zu spalten, das heißt alles Linke aneinander aufzureiben.

Die primäre Gewalt geht eindeutig vom Staat aus: in gesteigerter — und in Spanien seit Franco ungebrochener — Form *entweder durch Folter und/oder durch Heckschützen* (so wie ja auch im Falle unserer Demonstration!). Es wurden sogar zwei Parlamentsabgeordnete der HB vor etwa 4 Jahren in einem Restaurant von einer staatlich finanzierten Terrorgruppe umgebracht. Daran reißen sich Opfer aus dem militärischen Bereich, PolitikerInnen, BuchhändlerInnen. Die sogenannten "Antiterroristischen Befreiungsgruppen" (GAL) haben im Zeitraum von 1983 bis 1986/87 bei 65 Aktionen, meist auf französischem Territorium (in Nord-Euskadi), 26 Menschen liquidiert, und weitere 30 verletzt. (vgl. AK, 343, S. 21). Die GAL sind vom spanischen Innenministerium finanziert. VerkäuferInnen der Zeitung EGIN (die doppel-sprachige Zeitung der baskischen Linken — die einzige linke Tageszeitung auf dem Gebiet des spanischen Staates) werden von Zeit zu Zeit überfallen und erschossen.

Liebe Tatblättrler!

Aufgrund Eurer Aufforderung, die Spanische Botschaft mit Telegrammen, Faxen und dgl. zu belästigen, haben auch wir (Mutti, Schwester, ich) beschlossen, ein Fax zu verfassen.

Es lautete ungefähr so (nur damit Ihr wißt worum es geht):

Wir fordern für den in Sevilla aufgrund einer Anti-Expo-Kundgebung gefangengenommenen Wiener Peter R.

— *Humane Haftbedingungen*

— *ein faires Gerichtsverfahren*

— *einen unparteiischen Anwalt*

Wir bekamen auch prompt eine Antwort von der Spanischen Botschaft (siehe beiliegendes Fax). Eine Schweinerei — ist dazu unsere Meinung. Vielleicht interessiert Euch die Reaktion oder Ihr könnt sie irgendwie ausschlichten!

Für Eure weitere Arbeit wünsche ich Euch viel Glück — und haltet die Ohren steif!
Daniela

ES GIBT KAUM EIN VOLK DAS
WENIGER RESPEKT FÜR DIE ANDEREN
HAT ALS DIE ÖSTERREICHERN.

DENKEN SIE DARAN ANSTATT ANDEREN
ZU KRITISIEREN

AN: ROSIM, DANIELA UND INGE HOLTENWALLNER.
VOM: PEDRO RODRIGUEZ.

Sind etwa von HB-AktivistInnen VerkäuferInnen des *ABC* (royalistisches Massenblatt in der Franco-Tradition) oder des *El País* (Nato-, Kapitalisten- und Sozialistenblatt) angefallen oder erschossen worden? Oder sind von der baskischen Linken kürzlich sozialistische (PSOE-) oder Volkspartei (Partido Popular-) Politiker liquidiert worden? Aber umgekehrt darf's schon sein. Und die baskische Linke ist eine "banda terrorista"!

Seit Monaten wird darauf aufmerksam gemacht, die ETA (*Euskadi ta Askatasuna*, Baskenland und Freiheit) würde Anschläge gegen die Expo planen. I woat bis jezz. Die BaskInnen, die nach dem von ganz wenigen PolizistInnen — wenn es überhaupt welche waren! — verübten Terroranschlag, der gegen friedliche DemonstrantInnen gerichtet war, verhaftet wurden — als ob etwa 12.000 in Sevilla stationierte Polizisten nicht eine lächerliche kleine Demo von 400 Leuten "in Zaum halten" könnten! — sind ein gefundenes Fressen für die spanische Polizeiöffentlichkeit.

Von woher wird denn dieser Widerstand gegen die Expo gesteuert? "Mehrere Indizien lassen darauf schließen, daß die von Jugendlichen verursachten Störmanöver gegen die 92er-Feiern im Vorhinein geplant waren!", so heißt es geheimnisvoll in der Tageszeitung *Diario 16* vom 21. April 1992, die ihrer Quellentreue und Präzision, was Polizeinachrichten betrifft, durchaus mit

Sevilla-Dokumentation

Ab Juli wird es eine umfangreiche Dokumentation der Ereignisse rund um die EXPO und 500-Jahr-Feiern in Sevilla geben. Arbeitstitel: "Spanien 92, Die neue Weltordnung stellt sich zur Schau und schießt auf ihre KritikerInnen"

Es soll gehen um: Das 500-Jahres-Projekt in Spanien, Zur Tradition des spanischen Repressionsapparates, Das Konzept der EXPO, Die "Dritte Welt" auf der EXPO, Indigena-Stellungnahmen, Schüsse, Verhaftungen, Mißhandlungen rund um die EXPO-Eröffnung in Sevilla, Die Umstrukturierung Andalusiens im Interesse der EG, Spaniens Rolle in der EG, Der Alltag der spanischen Flüchtlings- und Abschiebepolitik, Stellungnahmen von Gruppen aus Spanien, Euskadi, Italien, Schweiz und Österreich, die in Sevilla waren, Das Verhalten der deutschen Behörden, etc. pp.

Herausgegeben von: TeilnehmerInnen an den Gegenaktivitäten zur EXPO in Sevilla
Preis: öS 150.-, ca 50.- pro Buch gehen auf das Solikonto für die Rechtshilfe

Jetzt bei uns vorbestellen, wir schicken's, sobald's es gibt!

TATblatt, 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11, Tel: 0222/56 80 78

Oder am besten gegen Vorkassa mit Erlagschein (deutlich schreiben, Verwendungszweck angeben!) auf PSK 7547.212, Unabhängige Initiative Informationsvielfalt

der deutschen *Welt* zu vergleichen ist. Daß es sich bei dem Expowiderstand um einen genuinen Ausdruck des gegen den spanischen Terror- und Folterstaat gerichteten *Basiswillens* handeln könnte, ist den Polizei- und Zeitungsschlächtern möglicherweise unverständlich. Aber man kann es einer breiten Öffentlichkeit ständig und trickreich einhämmern, daß es für alles ein monokausales Übel gibt, nämlich die ETA, und daß auch um sie herum nichts als verkappte Terroristen sitzen. Ob die Schlächter es glauben oder nicht, ist sekundär, Hauptsache, es glaubt die Öffentlichkeit.

So wurden bei anderen Aktionen gegen ETA-AktivistInnen weitere Unterlagen gesichert, aus denen hervorgeht, daß HB in Verbindung mit einer Lateinamerika-Solidaritätsgruppe steht, die verdächtigweise einen baskischen Namen trägt — wie alles in Euskadi — nämlich *Amairuko Quetzal Agiria*. Diese Gruppe hat auch, zusammen mit anderen Gruppen aus Euskadi und dem restlichen Spanischen Staat, die Bewegung gegen die Expo und den 500. Jahrestag der Invasion unterstützt. *All dies ein Beweis dafür, daß die Teilnehmer an der Gegen- und Protestbewegung dem Vorhof des Terrorismus zuzurechnen sind.* Und so nimmt sich das in der demagogischen Sprache der spanischen Polizeizeitungen aus: (*Diario 16*): "Die baskische Vereinigung Amairuko Quetzal, eine derjenigen Gruppen, die in Sevilla an den Aktionen gegen die Expo beteiligt sind und an mehreren Auseinandersetzungen mit der Polizei beteiligt waren, steht mit Herri Batasuna in Verbindung — das geht aus den Dokumenten hervor, die bei der Verhaftung des ETA-Mitglieds Josu Ternera aufgefunden wurden. Gestern verhaftete die Polizei weitere 23 Jugendliche auf einem Campingplatz in der Ortschaft Mairena del Alcor. Auf einigen der aufgefundenen Unterlagen taucht das Sigel CNT auf." Daraufhin das Ganze nochmals fett in einem Titel zusammengefaßt. Und dann der Text.

Und so ging es tage-, ja wochenlang weiter. Nicht immer explizit. Manchmal gab's nur ETA-Berichte, ohne Anspielungen auf Sevilla, und dann eine Art rhythmischer Anbnwechslung zwischen ETA-, HB- und Sevillaberichten, und dazwischen dann einige Aufsätze, in denen alle Themen miteinander verknüpft wurden.

Erlogene Verluste des Gegners werden für Folterzwecke eingesetzt. Ein Polizist erlitt in Sevilla, Polizei- und Zeitungsberichten zufolge, eine schwere Kopfverletzung: er wurde allerdings, im Gegensatz zu der Frau, die in einem öffentlichen Spital eine Nacht lang mit Handschellen ans Bett gefesselt und trotz, ihrer schweren Verletzung, mitten in der Nacht von der Policía Nacional brutal aufgeweckt wurde, in einem privaten Krankenhaus behandelt. Der Frau wurde in der Nacht ein nicht-existenter toter Polizist vorgehalten. Wer ist hier gefoltert worden? Haben wir diesen Polizisten gefoltert? Doch wohl nicht. Von wem geht also hier die Gewalt aus? Wer sind hier die Terrori-

sten?

Die *Asociación contra la Tortura* (Vereinigung gegen die Folter) berichtet, daß in den Jahren 1990 und 1991 313 Menschen bezuget haben, daß sie Opfer von Mißhandlungen waren. Die Täter teilen sich auf unter: Policía Municipal, Policía Nacional, Militär- und Gefängnispersonal...

Allerdings hat kein Journalist diesen verletzten Polizisten je zu Gesicht bekommen! Aber für den Phantomtöten mußte Rache genommen werden. Opfer waren 84 Verhaftete, 42 Ausgewiesene, 3 Angeschossene, 11 Gefangene — die alle noch dazu aus verschiedenen Teilen Europas kamen; Dutzenden wird gerade der Prozeß gemacht. "Die Jugendlichen, gegen die die Polizei Schußwaffen eingesetzt hat, kommen aus unterschiedlichen Teilen Spaniens und der EG. Darunter sind Sympathisanten von HB, Totalverweigerer und deutsche, belgische und italienische Staatsangehörige", tönt dazu geheimnisvoll das Presseorgan.

Wie im Falle der HB ist die Vielfalt der Vertreter des Protestes für die Polizeiöffentlichkeit nichts als ein einheitlicher Ausdruck von Verschwörung. Die Vielfalt dürfte das Hinterlistige an uns sein. Danke für den Tip: das wäre ein neuer Begriff von Einmütigkeit, die erst in der Vielfalt zu sich kommt. — Aber was soll letztendlich an uns demonstriert werden? *Daß im neuen europäischen Spanien, Opposition, so wie im Franco-Staat, nicht zu sein hat!* Das Terrorismustheorem hat eine besondere Bedeutung: Euskadi ist die politischste Region des Staates. Könnte von hier aus nicht ein "Flächenbrand" ausgehen? Opposition ist terroristisch. Der Staatsterror duldet weder Denken, noch Handeln.

Das Denken, das heißt die Grundlage, die das *Encuentro* bot (die wertvollen Angaben, die Ricardo Marqués zusammentrug, der andererseits sich als der grüne Scharfmacher erwies, stellen andererseits einen wesentlichen Informationsteil gerade der radikalen in Pamplona hergestellten Broschüre *Expo para los ric*s, balas para l*s pobres* dar; das Sternchen bedeutet im Spanischen das Splitting), die Wissensdichte dieses Kongresses, respektive dessen Ankündigung war, wie ein *Grüner* mir versicherte, in keiner spanischen Tageszeitung unterzubringen, das Programm des *Encuentro* war vorher in keiner Zeitung zu lesen: staatliches Denk- und Zensurverbot; und gegen Ansätze von symbolischem *Handeln* wird mit gemeinem Straßenterror vorgegangen. *Nicht einmal Statements der Grünen*, wie etwa dasjenige, das nach einer Reihe von internen Kämpfen herausgegeben wurde, während derer die, die sich am allermeisten von den DemonstrantInnen distanziert hatten, ein wenig zurückgedrängt wurden (eben Marqués), hätte/hatte, so erfuhr ich kurze Zeit nach der Abfassung des Dokuments, Aussicht auf Veröffentlichung. Allerdings wurde in diesem Papier einer der obersten Politiker Andalusiens als ursprünglicher Verursacher der Gewaltkette angeklagt, er habe durch seine Verbote

(Gegenlandung, Kundgebung, Zeltlager) alles erst ins Laufen gebracht. So weit geht Meinungsverbot.

Die hinwiederum von den Grünen, den Pazifisten und einer Menschenrechtsorganisation veranstaltete Pressekonferenz über Mißhandlungen während der Haft vom Donnerstag, den 29. April, hat hingegen ein Echo gefunden — allerdings nicht im linksliberalen *El Mundo* (der, abgesehen von der per definitionem baskenzentrierten EGIN, lesenswertesten Tageszeitung auf gesamtspanischer Ebene) -, sondern ausgerechnet im Polizeiblatt *Diario 16*.

Die Disponibilität der Zeitungsöffentlichkeit schwankt. Als LinkeR, GenossIn, der/die Öffentlichkeitsarbeit macht, wird man/frau durch abwechselnden Erfolg und Mißerfolg fertiggemacht — als wäre man/frau im Knast, wo am einem Tag geschlagen wird, am anderen ein freundliches, entspanntes Gespräch stattfindet. Der zynische Terror der bürgerlichen Liberalität gibt sein Schäufelr dazu zum Staatsterror.

Es ist natürlich nicht abzusehen, ob nicht neue Polizeikonstrukte — etwa hinsichtlich "internationaler Querverbindungen" — bei den laufenden Prozessen noch auftauchen werden! Mitte April verlautete übrigens gar in einer Tageszeitung, Drahtzieher der Protestaktionen seien Rechtsradikale. Eine Zeitung berichtete, in Euskadi seien DemonstrantInnen mit Hakenkreuzen aufgeht.

Vor etwas mehr als 3 Monaten ist die Zeitungsöffentlichkeit sehr mit der Verhaftung des "Finanzverantwortlichen" der ETA, des "Schatzmeisters", des "Finanzministers" beschäftigt worden. In solchen Blättern wie *El País* oder *El Mundo* übrigens in einer ziemlich klaren, ruhigen, analytischen Sprache — rational scheinenden, nein *wirkenden* Rhetorik. Die Absicht des Staates sei es, die *cúpula*, die Führungsschicht jetzt zu entmachten, so suggeriert man es den Unkundigen, als herrschten in der breiten Volksbewegung Euskadis vertikale Entscheidungsmechanismen wie in der Wirtschaft und der bürgerlichen Politik. Auf die Verhaftung des "Schatzmeisters", über dessen konkrete Tätigkeiten trotz seitenlanger Artikel in der Presse dennoch nichts Konkretes zu erfahren war — man hatte bald den Eindruck, es handele sich hier um ein Phantom! — fanden Massenverhaftungen von Leuten aus dem baskischen Widerstand in Frankreich statt, dann wieder von einzelnen, wichtigen, allerhöchsten Exponenten, die mit Nummern qualifiziert wurden (der zweitwichtigste, der viertwichtigste der ETA etc.), deren Bedeutung, wenn sie auch eine gewisse strategische Bedeutung hatten, ungemein übertrieben wurde, und schließlich kam gar Mitterrand nach Sevilla und meinte: *Wenn's nach mir ginge, würde ich selbst alle Terroristen verhaften lassen!* Die Zeit der Schonung von nach Frankreich geflüchteten Oppositionellen ist nunmehr endgültig vorbei.

Die AusländerInnen wurden freigelassen, dann die SpanierInnen und BaskInnen —



Straßensperre und Überfall der baskischen Nationalpolizei Ertzaintza auf ETA-Militante im vergangenen Mai

letztere beiden Gruppen mußten sich bis Prozeßbeginn alle zwei Wochen (nicht wöchentlich, wie irrtümlich in Tb berichtet) bei der Polizei melden — lebten also bereits in eingeschränkter Freiheit dahin. Was für Folgekriminalisierungen, und Alltagsbelastungen, auf der Basis der terroristischen europäischen Datenübermittlung auf die Leute noch zukommen wird, ist noch nicht abzusehen. Der Durchschnittsfolterer der Guardia Civil wird jedenfalls in Zukunft alle Daten präsent haben.

2. APPENDIX. *Was systematisch verschwiegen wird: der Widerstand hat den Charakter einer Volksbewegung.* Hierzu Auszüge auf einem Aufsatz des HB-Politikers *Iñaki O'shea Artiñano* aus *El Mundo* vom 5. 5. 1992, S. 4. Der Text soll, ganz abgesehen von der spezifischen Verhandlungsfunktion, die er im Kontext von *El Mundo* aufweist, hier dazu dienen, den Widerstand ein wenig zu veranschaulichen.

"Wie sieht die künftige Gesellschaft aus, für die wir eintreten? Sicher ist, daß in der derzeitigen Situation und im Herzen dessen, was früher "der imperialistische Block" hieß, oder das "Europa der Händler" (jetzt heißt es nunmehr "demokratische Staaten") die Revolution wieder von neuem erfunden werden muß. Wir werden dieses Konzept einer neuen Gesellschaft vertreten, und vielleicht sind wir gar nicht so weit entfernt von dieser "libertären Idee einer dezentralisierten, auf Assoziationen aufgebauten Gesellschaft". ... Manchmal wird geradezu behauptet, diejenigen, die zum Mittel der Gewalt greifen, wären "Existenzen" (in einigen Medien herrscht der Brauch vor, ihnen die Eigenschaft von Personen abzusprechen), die bloß für große Prinzipien kämpfen, aber nichts von der Wirklichkeit verstehen. Sie sind etwas "Militärisches", nichts "Politisches". Das ist einer von den Zugängen, die zur Analyse der Problematik nicht geeignet sind. In diesem ideologischen Krieg, in dem alles erlaubt ist, wenn es nur geglaubt wird, auch wenn es noch so wenig

der Wirklichkeit entspricht, werden ETA alle möglichen Bezeichnungen angeheftet (Killer, Kindermörder, Terroristen, Dummköpfe, Psychopathen), eine herabsetzender als die andere. Am allerwenigsten der Realität entsprechend ist es aber wohl, wenn man sie als "militärisch" benennt — mit einem Synonym, das in gewissen Kreisen für autoritäre und gedankenlose Menschen steht, die sich allein nach zwei Prinzipien ausrichten, nämlich Vaterland und Ordnung, die sich als eine Kaste verhalten, mit ihren Interessen am Rande der Gesellschaft und sich auf nichts anderes verstehen, als mit der erforderlichen Brutalität Gewalt einzusetzen, um zu ihren Zielen zu gelangen.

Wer die Militanten von ETA kennt (und in Euskal Herria haben hunderttausende von uns — sämtlicher politischer Couleurs: es sind darunter Wähler der Volkspartei, der Sozialistischen Partei, des Baskischen Nationalpartei, von HB, Unternehmer und Arbeiter, Kirchenleute und Atheisten — schon welche gekannt, bevor wir noch wußten, daß er/sie dabei war, das heißt bevor er/sie flüchten mußte, verhaftet wurde oder auch sterben mußte), und wir wissen, daß es ganz normale Leute sind, meist von einer hohen sozialen Sensibilität und bereit, sich für andere einzusetzen, und aus diesem Grund — wenn es hier auch, wie überall, Ausnahmen gibt — gesellschaftlich anerkannt. Mit anderen Worten, es sind zivile Aufständische gegen eine ungerechte Gesellschaft und einen Staat, der diesem Volk seine Selbstbestimmung verweigert.

Es sind dies im allgemeinen Menschen, die mitten in dieser Gesellschaft stehen, mit einem dichten Geflecht von sozialen Beziehungen, das bisweilen eine unerwartete Vielfalt und Qualität aufweist. Das führt dann dazu, daß sogar von *El País* (wohl die Speerspitze des ideologischen antiterroristischen

Kampfes) anlässlich des angeblichen Fundes der Dokumente von *Txelis* (wie verlau-

tet, handele es sich um 20.000 Seiten Berichte und politische Analysen) der Reichtum, die Kohärenz und der Tiefgang dieser Analysen anerkannt wird: Sie sei "den besten Texten anderer politischer Organisationen ebenbürtig, wenn sie sie nicht gar noch übertreffen."

Das bedeutet, daß ETA über eine Analyse-schärfe verfügt, die weit über die etablierten theoretischen Standards und Grundlagen hinausgeht. Unter ihren Dokumenten befinden sich Untersuchungen über den gesamten Bereich internationaler Beziehungen, wie auch das Drogenproblem, Ökologie und Feminismus: denn ihre Militanten, ihre Beziehungen erstrecken sich auf alle Bereiche der Gesellschaft.

Und das ist keine Apologie des Terrorismus. Das ist die Wirklichkeit, die sich allein schon aus der soziologischen Analyse der mehr als 600 gefangenen ETA-Militanten und -aktivisten ergibt.

Auf der Basis dieser Tatsachen wird von allen, aber auch allen zugegeben, daß ETA mit polizeilichen Methoden nicht beizukommen ist. Denn der Kern des Problems ist nicht polizeilicher, sondern politischer Natur. Mit anderen Worten: ETA ist eine politische und gesellschaftlich-zivile Organisation, die bewaffnete Gewalt in einer Situation der Ungerechtigkeit und Unterdrückung anwendet, die vielfältige Ursachen und tiefe Wurzeln hat. Die "Spitze des Eisbergs" eines großen Teils des baskischen Volks, der außerhalb der derzeitigen verfassungsmäßigen Grenzen verblieben ist. Deswegen wäre der Versuch, ETA von sämtlichen Prozessen in Euskadi auszuschließen, ein falscher Weg, der fatale Konsequenzen mit sich zöge, und man würde damit natürlich riskieren, eine Wunde künstlich schließen zu wollen, die in jedem Augenblick wieder aufbrechen könnte. ●

Papst würdigt Columbus!

In einer Botschaft an den Genueser Bischof Canevari vertrat Papst Johannes Paul II. die Ansicht, daß Kolumbus ein großer Mann des Meeres und von überzeugtem christlichem Glauben gewesen sei. So habe er etwa den Entschluß gefaßt, die Erde, auf die er das erste Mal seinen Fuß gesetzt habe, dem Erlöser zu widmen und das Kreuz Christi hier und in den anderen von ihm entdeckten Ländern aufzustellen. Gleichzeitig würdigte der Papst das Werk der Missionare, die "mit Liebe die ältesten kulturellen Zeugnisse der Eingeborenen aufzunehmen wußten, die Auswüchse der Eroberer milderten, legale Mittel gegen Mißbräuche vorschlugen und die Anwendung von Gesetzen forderten wie auch dafür kämpften, daß die lokale Bevölkerungen tatsächlich respektiert wurden". Aus ganzem Herzen wünschen wir uns, daß dem Papst und seinen Gefolgsleuten Ratzinger, Küng und Krenn die gleiche liebevolle Behandlung zukommt, die der indigenen Bevölkerung Südamerikas seitens der Kolumbus-Leute und Missionare zugekommen ist. Aber bitte schnellstens....!

Anonyme Anti-"SchmarotzerInnen"-Brigade?

"Verbringen Frau ... und Herr ... ihre Freizeit zusammen (nach Feierabend, am Wochenende, Urlaub usw.)? Werden gemeinsame Spaziergänge oder Ausflüge unternommen? Werden gemeinsam kulturelle oder sonstige Veranstaltungen besucht (z.B. Theater, Kirmes, Elternabende, Tanzveranstaltungen, Gaststätten)? Wer wäscht die Bettwäsche? Wer stellt das Waschpulver? Nimmt ... bei Frau ... das Essen ein (gemeinsam)? Werden die Nahrungsmittel von ihm mitgebracht oder werden diese gegen Auslagenersatz eingekauft oder besteht hierfür eine gemeinsame Kasse?"

Diese Fragen sind einem Fragebogen entnommen, mit dem SachbearbeiterInnen in Kleve/BRD auf die Suche nach vermeintlichen "SozialschmarotzerInnen" gehen oder zumindest gegangen sind. Befragt wurden in erster Linie nicht die Betroffenen SozialhilfeempfängerInnen selbst, sondern deren NachbarInnen, Geschwister, sonstige Verwandte und FreundInnen. Ziel der Aktion: Aufgrund der Einschätzungen von Mitmenschen soll(t)en Menschen ausfindig gemacht werden, die in "eheähnlichen Verhältnissen" leben und daher keinen oder nur verminderten Anspruch auf Sozialunterstützung hätten.

Das Fragenkatalog und Vorgangsweise rechtswidrig seien, stellte der Sprecher des Sozialamts daher auch gleich gar nicht in Abrede: die ermittelten Daten werden angeblich demnächst vernichtet. Aber erstaunlich genug: Dem Sprecher des Amtes will der oder die VerfasserIn des Katalogs nicht bekannt sein ("Wir haben den ja nicht in Umlauf gebracht"). Wie und warum das Umding in amtliche Verwendung kam, wird wohl immer ein Rätsel bleiben. Wir vom TATblatt vermuten, daß rechtsgerichtete Heizelmännchen für die Aktion verantwortlich sind.....

Chile: Bomben gegen Rechtsparteien

Recht massiv haben die linken Guerilla-Gruppen in den Wahlkampf zu den (wenn ihr das lest bereits stattgefunden habenden) Kommunalwahlen eingegriffen. In der Nacht vom 24. auf den 25. Juni detonierten vor den Büros der rechtsradikalen Militaristenparteien "Nationale Erneuerung"(RN) und "Unabhängige Demokratische Union" (UDI) Sprengkörper. Bereits am 23. Juni wurden drei Attentate von linken Gruppen verübt, unter anderem auf die Zeitung "El Mercurio". So ganz wirklich was anfangen können wir mit der Meldung auch nichts.....

USA/Haiti: Flüchtlinge zurückgeschoben

Insgesamt 27 000 Flüchtlinge aus Haiti hat die US-Küstenwache in den vergangenen Wochen nach Haiti zurückgeschoben. Die Flüchtlinge waren nach dem Militärputsch gegen den Befreiungstheologen und mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten gewählten Aristide vor den Gewalttaten der Militärs und der Schutztruppe des ehemaligen Diktators Clans Duvalier geflüchtet. Nach Ansicht Bush's handelte es sich bei den Rückgeschobenen "nur um Wirtschaftsflüchtlinge".

Magdeburg: Punk von Nazis ermordet!

Am 9. Mai dieses Jahres wurde in Magdeburg (ex-DDR) eine Party zweier Punkbands und ihrer FreundInnen von 50 bis 60 bewaffneten Skins angegriffen. Die Nazi-Skins gingen mit Baseballschlägern, Eisenstangen, Wurfgeschossen, Stahlkugeln und Gaspistolen gegen die Party-BesucherInnen vor und verletzten eine große Zahl von Menschen. Acht Personen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden, unter ihnen der 23jährige Torsten Lambrecht, der zwei Tage später seinen schweren Verletzungen erlag.

Die Party fand in einem Gartenlokal im Süden Magdeburgs statt, daß durch den Angriff vollkommen zerstört wurde. Sie war den Kiberern vom Besitzer des Lokals bekanntgegeben worden, da er Angst hatte, daß 'was passieren könnte. Dennoch waren diese erst eine halbe Stunde nach dem Überfall erschienen (zu einer Zeit, als die Verletzten bereits in die Krankenhäuser abtransportiert worden waren) und beschränkten sich auf die Perlustrierung der Angegriffenen! Interessant auch noch die Aussage eines Zeugen, der die Faschos vor dem Überfall zusammen mit einem Journalisten beobachtet hatte. Die Skins kündigten dem Journalisten an, daß sie "dort jetzt hin(fahren) und die fertig(machen)". Besagter Journalist war dann auch der erste, der nach dem Überfall am Ort des Geschehens erschien. Er ist — wie sich später herausstellte — Mitarbeiter der Bildzeitung. Obwohl der Polizei die Identität der Angreifer aus ZeugInnenberichten bekannt ist, geht sie zur Zeit nicht gegen diese vor.

Berlin: Polizei will "ausländische" TäterInnen

Am 12. Mai durchsuchte die Berliner Polizei 12 Wohnungen türkischer AntifaschistInnen und verwüstete diese zum Teil erheblich. Zwei Personen wurden zu Verhören mitgenommen und bedroht. In einem Fall wurde einem Antifaschisten 15 000 DM Belohnung für eine Aussage angeboten. Hintergrund der Großaktion, an der sich über 100 Kiberer beteiligt hatten, ist eine Auseinandersetzung in einem China-Restaurant im Stadtteil Neukölln, in welchem sich die Führung der faschistischen "Deutsche(n) Liga für Volk und Heimat" zu einer Besprechung versammelt hatte. Bei dieser Auseinandersetzung wurde der Fascho-Funktionär G. Kaindl getötet, zwei weitere Faschisten schwer verletzt. Nunmehr versucht die Berliner Polizei mit einer Sonderkommission die TäterInnen im Kreise türkischer AntifaschistInnen festzumachen. Obwohl ohne Hinweis auf die Identität der TäterInnen werden Treffpunkte türkischer Jugendlicher und antifaschistischer Gruppen, zum Teil auch Einzelpersonen, rund um die Uhr observiert. Wahlos werden Jugendliche von der Straße und den Treffpunkten weg zu Einvernahmen verschleppt. Von irgendwelchen Sonderkommissionen war noch nie etwas zu hören, wenn FaschistInnen Menschen aus linken Zusammenhängen oder "AusländerInnen" ermordet hatten. Im vergangenen Jahr wurden in der BRD 17 Personen von FaschistInnen ermordet!

Türkei:

Zum Abriß kommen sie mit dem Panzer.....

SlumbewohnerInnen im Widerstand

In der Nacht vom 19. auf den 20. Juni (02.00 Uhr) überfielen 2000 Spezialpolizisten den Istanbuler Stadtteil "Küçük Armutlu" und versuchten, die Häuser der BewohnerInnen zu durchsuchen und markieren. Die Bevölkerung leistete Widerstand, die Polizei mußte sich zurückziehen. Gegen zehn Uhr vormittags kam sie jedoch wieder und beschloß die BewohnerInnen aus Panzern. Eine Person wurde verletzt, mindestens acht weitere festgenommen und verschleppt. Ihr Schicksal ist zur Zeit unbekannt.

(TATblatt-Wien)

Küçük Armutlu ist ein "Gecekondu", eine "über Nacht gebaut(e)" Siedlung in Mitten sog. vornehmer Wohnbezirke am Ufer des Bosphorus. Seit 1989 siedeln dort an die 800 Familien, die ihre Häuser und Felder in anderen Teilen der Türkei und in Kurdistan hatten verlassen müssen, um in Istanbul — meist vergeblich — Arbeit zu suchen.

Küçük Armutlu ist keine Einzelercheinung: Ohne Wasser, Strom, befestigte Wege und Straßen oder Anbindung an das städtische Verkehrsnetz müssen in Istanbul an die 60% der Bevölkerung auskommen. Die unter existenziellen Zwängen in die Stadt abgewanderten Menschen hatten ihre Hütten auf leerstehenden Flächen errichtet und nach und nach erweitert und ausgebaut. Nach türkischen Recht ist es nicht so leicht, eine auf diese Art und Weise entstandene Siedlung "legal" zu räumen. Die Vertreibung der Gecekondu-BewohnerInnen wird daher über Umwege angegangen: Die Stadtverwaltung unternimmt alles denkbare, um Gecekondus von der Umwelt abzuschneiden. Die Polizei organisiert Großrazzien, bei denen unglücklicherweise ganze Straßenzüge demoliert werden. Und Grundstücksspekulanten organisieren mit der Polizei abgesprochenen Terror gegen die Bevölkerung, dringen in die Viertel ein und verprügeln BewohnerInnen, zerstören Häuser und Gemeinschaftseinrichtung oder — markieren Häuser!

Markierte Häuser

Das Markieren der Häuser hat in der Türkei und in Kurdistan eine besondere Bedeutung (und Geschichte): Im Jahre 1977 verübten "Sicherheitskräfte" ein Massaker an 180 Menschen in der westkurdischen Stadt Karamanmaras. Die Opfer waren allesamt fortschrittlich orientierte und organisierte KurdInnen bzw. deren Familienangehörige und hatten in Häusern gewohnt, die wenige Tage vor dem Massaker von der Polizei durchsucht und eben markiert worden waren.

Die Ermordeten hatten allesamt der alewischen Glaubensrichtung angehört, und Polizei, Militär und Regierung beeilten sich, das Massaker als Teil eines fundamentalistischen Religionsstreits darzustellen (1). Tatsächlich waren aber die Mörder Angehörige der von den USA ausgebildeten und dem

Militär unterstehenden Konterguerilla.

Das Markieren von Häusern löst seit 1977 wahre Schreckensstürme aus. Erst im April versuchten 10 000 BewohnerInnen der kurdischen Stadt Idil in den syrischen Teil Kurdistan zu emigrieren, nachdem unter anderem Häuser markiert worden waren.

Küçük Armutlu

Im vergangenen Jahr hatten sich die BewohnerInnen der Gecekondu zu organisieren begonnen. Ein Hilfsverein der SlumbewohnerInnen wurde ins Leben gerufen und organisierte Demonstrationen, Besetzungen und andere öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen die Vertreibung der BewohnerInnen. Für Staat und Spekulanten wurde es zunehmend schwerer, die BewohnerInnen zu vertreiben. Der organisierte Terror stärkte lediglich den Durchhaltewillen der BewohnerInnen, die ja gar keine andere Möglichkeit besitzen, als im Gecekondu zu bleiben und die zerstörten Hütten/Häuser wieder aufzubauen!

Die faschistische Variante des bezahlten Terrors fand aber ihr "demokratisch legitimes" Brüderchen: Die Gecekondu im Allgemeinen seien für die Polizei unkontrollierbar und daher zu beseitigen, schrieben die Zeitungen; Und Küçük Armutlu im Speziellen sei "befreites Gebiet von Devrimci Sol und Versteck von Terroristen".

Solcherart im Rücken bestärkt schickte die Polizei gleich Tausendschaften in den Stadtteil, wenn während des 2. Golfkriegs Antikriegsaktionen und -Proteste stattfanden; oder wenn die BewohnerInnen gegen die Ermordung von 11 Devrimci Sol KämpferInnen durch die Polizei im April dieses Jahres demonstrierten.

Abschließend konnte dann der Presse mitgeteilt werden, wieviel Sprengstoff oder automatische Waffen die BewohnerInnen Küçük Armutlu's, die Tag für Tag um jede Lira kämpfen müssen, angeschafft und versteckt haben sollen. Die Eskalation der Kämpfe in den Gecekondu in allernächster Zukunft ist vorprogrammiert: Neue "demokratische" Gesetze sollen Landbesetzungen nicht mehr im halblegalen Bereich belassen. Was in der Vereinbarung der im vergangenen Oktober gewählten Koalitionsregierung unter "Schutz des Eigentums" vereinbart wurde, soll hunderttau-

sende BewohnerInnen Istanbuls obdachlos machen oder zumindest den Zuzug "neuer" potentieller Gecekondu-BewohnerInnen verhindern. Und in Küçük Armutlu will die Polizei eine Wachstube mit 100 Spezialpolizisten als Besatzung errichten. Keines der Vorhaben, das läßt sich vorhersehen, wird ohne massiven Widerstand seitens der Bevölkerung durchsetzbar sein.

BewohnerInnen....

.....Küçük Armutlu's (in der Folge: K.A.) kommen in den nächsten Absätzen selbst zu Wort. Gefragt haben MitarbeiterInnen der revolutionären Zeitschrift "Mücadele" (der Kampf). Die Statements beziehen sich allerdings nicht auf den Angriff vom 20. Juni, sondern auf einen ähnlichen zu Beginn des vergangenen Jahres.

Mücadele: Was meinen sie, warum K.A. so unter Druck steht?

Döndü: Die Reichen haben ein Interesse an dem Gebiet. Sie meinen, wir würden hier nicht herpassen. Aus diesem Grund wollen sie uns verängstigen und von hier vertreiben. Aber wir werden nirgendwo hingehen. Sie werden ihre Ziele niemals erreichen können. Wenn sie unsere Häuser abreißen, werden wir sie wieder aufbauen. Wenn sie uns mit Polizeigewalt verjagen, werden wir wiederkommen und Widerstand leisten. Wir haben keinen Ort, wo wir hingehen können. Nicht nur der Staat, keiner kann uns von hier wegjagen. Sie sollen sich das aus dem Kopf schlagen. Unterdrückung und Razzien können uns nicht zermürben. Wir werden bis zum bitteren Ende hierbleiben und keine Angst verspüren. Denn hier haben wir einen Gefallenen, unsere Mitmenschen wurden geschlagen, verletzt, auf den Boden geworfen (...). Einschüchtern und wegjagen wollen sie uns. Aber ich wiederhole: Wir werden nicht weggehen, das sollen sie wissen.

Mücadele: Weshalb ist K.A. Ziel des Staates?

Nurcan: Der Staat hat Angst vor der organisierten Kraft hier. Deshalb wollen sie mit Gewalt unsere Einheit zerreissen. Doch wir wissen, nur wenn wir unserer eigenen Kraft vertrauen, uns organisieren und zusammen tun, können wir gewinnen.

Mücadele: Nach den Razzien wurden sechs Menschen verhaftet. In der Presse wurde der Eindruck erweckt, als ob hunderte Kilo von Sprengstoff und verschiedene Arten von Waffen hier entdeckt wurden. Können sie uns die Wahrheit erzählen?

Zeycan: Was in der Presse dargestellt wird, entspricht nicht der Wahrheit. Die Nachrichten werden von der Polizei herausgege-

ben und die Presse leitet diese nur weiter (...). Ihr Ziel ist es, unsere Kräfte zu spalten und zu vernichten. Aber wir werden gegen Unterdrückung und Lügen Widerstand leisten. Wenn Sie fragen, woher wir die Kraft nehmen, dann sage ich: Aus unserer Organisation. Daraus, daß wir im Recht sind! Als wir diese Häuser gebaut haben, haben wir alles, unseren Schmuck, Fernseher, unsere Wertsachen verkauft. Nun kommt der Staat, um uns von hier zu vertreiben. Er will unsere Häuser abreißen und unseren gerechten Widerstand als Verbrechen darstellen (...). Nun haben sie sechs Leute von uns verhaftet. Weshalb? Weil wir in ihren Augen Terroristen sind. Aber sie sind die wirklichen Terroristen! Anarchisten ... Sprengstoff, Waffen, das alles sind Lügen. Das ist alles ein Spiel der Polizei.

Paliza: Die Verhafteten sollen militante Anhänger einer Organisation sein. Wenn das so ist, dann ist ganz K.A. Mitglied einer Organisation. Sie reden von Terroristen. Diese Terroristen haben aber weder unsere Türen noch unsere Fenster eingeschlagen. Die Leute, die das tun, sind die wahren Terroristen. Es gibt hier keine Terroristen. Und die Lügen von Waffen- und Sprengstoffunden sind Taktik der Polizei. Damit wollen sie die Bevölkerung zur Resignation bringen. Damit versuchen sie ihre ungerechten Taten zu rechtfertigen. Deshalb lügen sie...

Mücadele: Was denkt ihr nach all den Geschehnissen?

Leyla: Meiner Meinung nach wird der

Druck immer da sein, wenn wir schweigen und nichts tun. Ich lebe seit 2 Jahren in K.A. Zu den Abrissen sind sie mit Panzern gekommen, aber sie haben es nicht geschafft, weil wir Widerstand leisteten. Es würde von Razzien nur so wimmeln, wenn wir still schweigen würden. Wir würden permanent angegriffen werden. Deshalb müssen wir Widerstand leisten. Gegen den Abriss, gegen die Unterdrückung müssen wir gemeinsam Widerstand leisten. Meine Erlebnisse haben mich das gelehrt. ●

2 bin polisin katıldığı 'Şafak operasyonu'nda 32 kişi gözaltına alındı



(1) Die Alewitische Glaubensrichtung praktiziert einen "stark verwässerten" Islam. AlewitInnen besuchen keine Moschee, genehmigen sich gelegentlich Alkohol und halten sich nicht an den Fastenmonat Ramadan. Die Tatsache, das alle Ermordeten AlewitInnen waren, ist kein Zufall. Zwar stellen die AlewitInnen republikweit eine Minderheit dar, in vielen kurdischen Gebieten bilden sie jedoch die Mehrheit. Und das Zusammentreffen einer wenig ausgeprägten religiösen Einstellung und des Erlebens der Unterdrückung als KurdInnen hat indirekt zur Folge, daß viele in fortschrittlichen Gruppen organisierte Menschen alewitische Wurzeln haben.

Weideverbot für kurdische Bauern!

Seit 6. Mai ist es in den nordost-kurdischen Provinzen Iğdir, Agri und Kars verboten, das Vieh auf die Weiden zu führen. In der durchschnittlich zwischen 1500 und 2000 Meter hohen Region um den Berg Ararat (Agri Dag) ist Ackerbau praktisch unmöglich. Selbst in den Sommermonaten gibt es in den Nächten manchmal Minustemperaturen, der Boden ist weitgehend erodiert. Das Weideverbot ist ein existenzieller Angriff auf die gesamte Landbevölkerung der Region, der nicht nur der Verlust des Viehs, sondern auch der eigenen Existenzgrundlage droht.

Doch kein Gesetz ohne Ausnahme: Gegen Zahlung von bis zu 500 000 türkische Lira (zur Zeit so etwa 800 Öschis, mehr als ein monatliches Familiengehalt in der Region) und Vorlage bestimmter Dokumente darf weiterhin geweidet werden. Die Bauern müssen den Behörden lediglich Führungszeugnisse für alle Familienmitglieder, Hirtenverträge, Bestätigungen des Kreislandwirtschaftsdirektors über die Anzahl des Viehs u.ä. vorlegen. Verantwortlich für diese Anordnung zum Genozid ist ein Gendarmeriekommandant namens Serdar Yücel.

Vereinsverbote

Seit Anfang Mai wurden in der Republik Türkei mehrere fortschrittliche Vereine aufgelöst. Betroffen sind unter anderem ein Arbeitslosenverein, der patriotische (kurdische) Frauenverband (YKD), der Verein "Frauen im Kampf für Demokratie!" (DEMKAD) und die Menschenrechtsorganisation Tüme Özgür Der ("Die ganze Freiheit"). Letztere war verboten worden, nachdem ihre Mitglieder versucht hatten, die Öffentlichkeit mittels Aktionen über das Massaker an 11 Devrimci Sol-KämpferInnen am 16./17. April in Istanbul zu informieren. Die Polizei hatte damals sechs Wohnungen teilweise bis zu sieben Stunden lang mit Dum-Dum-Geschossen und Gasgranaten beschossen und ALLE in den Wohnungen befindlichen erschossen. Obwohl die Polizei die Ermordeten zwei Wochen lang beschattet haben will, hätte es keine Möglichkeit gegeben, die Devrimci Sol Angehörigen lebend festzunehmen, heißt es in offiziellen Stellungnahmen. Bei der Durchsuchung und Versiegelung des Tüme Özgür Der-Büros am 3. Mai wurden 10 Menschen verhaftet. In Haft sind zur Zeit noch

● Sevgi Erdogan, Mitarbeiterin des Tüme Özgür Der. Sie war bereits nach dem Militärputsch 1980 3 Jahre inhaftiert gewesen. Sevgi ist Vorsitzende von Özgür Der in Ma-

latya und wurde in den letzten Monaten massiv bedroht. Ihr Ehemann, Ibrahim Erdogan, wurde am 12. Juli vergangenen Jahres bei einem von der Polizei angerichteten Massaker ermordet.

● Nilüfer Alcan, Mitarbeiterin von Tüme Özgür Der in Istanbul, und
● Tuncer Bagdatlioglu, Mitarbeiter der Zeitschrift "Mücadele" (der Kampf; siehe auch Beitrag über "Küçük Armutlu" in diesem TATblatt) in Istanbul.

Kurdischen Parlamentsabgeordneten droht Todesstrafe

Die Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichts von Ankara hat die Aufhebung der Immunität von 22 kurdischen Abgeordneten verlangt. Die Abgeordneten wurden vergangenen Oktober auf der Liste der "Sozialdemokratischen Volkspartei" (SHP), die jetzt Regierungsmitglied ist, in das Parlament gewählt, nachdem die kurdische "Partei der Arbeit des Volkes" (HEP) mit einem Wahlordnungstrick von der Teilnahme ausgeschlossen worden war. Vorgeworfen wird den Abgeordneten unter anderem das Tragen rot-grün-gelber Bänder (kurdische Nationalfarben) während der Angelobung im Parlament oder das Rufen

von Parolen in kurdischer Sprache. Gegen den Abgeordneten Hatip Dicle wird ein Gerichtsverfahren angestrebt, weil er erklärt habe, den Eid auf die — faschistische — türkische Verfassung nur unter Druck abgelegt zu haben.

Da alle Verfahren nach dem sogenannten "Anti-Terror-Gesetz" geführt werden sollen, droht allen, die wirklich ausgeliefert werden, die Todesstrafe.

Bereits vor drei Monaten hatte die Staatsanwaltschaft vergeblich die Auslieferung der Abgeordneten verlangt, war aber vom damals vom der SHP angehörenden Parlamentssprecher aufgeklärt worden, daß Abgeordnete für ihre im Parlament gehaltenen Reden nicht vor Gericht gestellt werden können. Inzwischen aber ist das Amt des Sprechers auf ein Mitglied der von der ÖVP so geschätzten, faschistischen ANAP übergegangen, und dieses läßt eine Abstimmung über die Aufhebung zu.

Noch ist nichts entschieden, aber die Strategie der Parteien läuft auf Spaltung der kurdischen PatriotInnen hinaus. Die ANAP will allen Auslieferungen zustimmen, die SHP gar keinen. Die anderen Parteien, die religiös-fundamentalistische Wohlstandspartei und die strammrechte DYP des Ministerpräsidenten Demirel wollen je nach Lage des Falles zustimmen oder nicht: "Während die einen im Parlament eine Rede gehalten haben, gingen die anderen den weiten Weg ins Bekaatal. Wir sollten also Äpfel und Birnen trennen." Im Bekaatal liegt die Ausbildungs-Akademie der kurdischen Partei der Arbeit (PKK).

Dersim: HEP-FunktionärInnen verhaftet

Zwei FunktionärInnen der "Partei der Arbeit des Volkes" (HEP) wurden am 2. Juni von den "Sicherheitsbehörden verhaftet, weil sie angeblich eine Rollbalken-Schließungsaktion in Dersim (türkisch: Tunceli) organisiert haben sollen. Die Protestaktion hatte sich gegen den zunehmenden Staatsterror gegen KurdInnen gerichtet. Die Verhafteten sind die HEP-Funktionärin Aysel Dogan und der Kreisvorsitzende von Dersim, Mehmet Gülmez. Aysel Dogan war bereits wegen angeblicher Unterstützung der Guerilla mehrmals inhaftiert gewesen und verlor in der Folge ihren Job als Lehrerin in Dersim.

Apropos "Dersim": Die heutige Provinz "Tunceli" hieß bis 1923 mit ihrem kurdischen Namen Dersim und wurde während der türkisch-chauvinistischen "Reformen" Atatürks in "Tunceli" umbenannt. Bei den BewohnerInnen des Gebiets, von den zwischen 1936 und 39 160 000 von türkischen Truppen ermordet wurden, heißen Stadt und Provinz bis heute natürlich Dersim. Dieses Bewusstsein der eigenen Herkunft wird von den türkischen Behörden massiv verfolgt: Erst vor drei Monaten war der unabhängige, bei der Bevölkerung sehr beliebte Bürgermeister von Dersim von einem Staatssicherheitsgericht verurteilt worden, weil er "seine" Stadt in einer Fraktionsversammlung der SHP "Dersim" genannt hatte!

Beerdigung verboten

Wie bereits in der letzten Ausgabe berichtet wurde am 8. Juni der Journalist Hafiz Akdemir auf dem Weg zu seiner Arbeit in Diyarbakir von der Konterguerilla erschossen. Hafiz arbeitete bei der erst seit Anfang Juni erscheinenden oppositionellen Tageszeitung "Özgür Gündem" und recherchierte gerade die Zusammenhänge zwischen der sog. Hizbollah Konterguerilla und den "Sicherheitskräften". In den vergangenen drei Monaten waren schon zwei weitere Journalisten, die die gleiche Thematik bearbeiteten, ermordet worden.

Die für den 10. Juni geplante Beerdigung Hafiz' wurde vom Gouverneur verboten, um die zu erwartende Anti-kolonialistische Demonstration zu verhindern. Die Leiche des Ermordeten wurde auf Anordnung des Gouverneurs bereits am Abend des 9. Juni eingegraben, das Grab in den folgenden Tagen von Militärs bewacht. Die Angehörigen, die Hafiz Leiche zur inzwischen verbotenen Beerdigung abholen wollten, wurden festgenommen und zusammengeschlagen.

Die Zeitung Özgür Gündem, die auch unter den in Kurdistan arbeitenden JournalistInnen türkischer Zeitungen hohes Ansehen genießt, rief alle JournalistInnen für den 10. Juni zu einem 2-Stündigem Streik auf. In wie weit dieses Vorhaben umgesetzt werden konnte, wissen wir leider nicht.

Chlorfrei gebleicht

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hatte: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt. Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

papierTIGER

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

LION HORSE POSSE (Ital. Hip-Hop aus dem Centre Sociale Autogestione "Leoncavallo" - Mailand)

live in Wien (TATblatt-Fest vom 19.6.92)

+

neueste LP ("Vivi & Diretti")

auf einer Cassette

Preis: Cassette + Versand: ÖS 100, Ausland: ÖS 120

Zu beziehen über: TATblatt, Gumpendorferstr. 157/11, A-1060 Wien, Kennwort: L.H.P.

ÖS 100,- Schein unbedingt bei Bestellung beilegen (sonst kummt nix)

YO !!!

“Revisionismus”: Die Dichtung von der fehlenden Dichtung

Materialien für aktive AntifaschistInnen

Es gibt bekanntlich G- und B-Denkstage (-monate, -jahre). Erstere finden statt, wenn großartige Schlachten-Siege sich jähren; etwa die Türken vertrieben wurden oder so.....dann kommt der Papst! Und B-Denkstage gibts, wenn es die Sozialpartner beschließen...

Die Gaskammern von Mauthausen aber interessieren weder Papst noch Sozialpartner.....und so ging der 50.Jahrestag der Aufnahme des organisierten Massenmordes durch Giftgas in Österreich von Medien und Politik unerwähnt an uns vorüber. Keine offizielle Stelle hat es für nötig befunden, den immer lauter werdenden MassenmordleugnerInnen etwas entgegenzusetzen.

(TATblatt Wien)

Nicht zum erstenmal versuchen FaschistInnen, den Nationalsozialismus zu entschuldigen, bzw. reinzuwaschen. Bereits in den fifties veröffentlichte ein gewisser Paul Rassiniere Bücher, in denen die Existenz von Gaskammern in NS-Konzentrationslagern angezweifelt wird. Unter dem damals noch gegenwärtigen Eindruck der Millionen von Toten dachte keineR daran, dies ernst zu nehmen. Aber heute zählen Rassiniere Bücher zu den “revisionistischen” Standardwerken. In den sechzigern und siebziger veröffentlichten vor allem Deutsche und Österreicher Folgeliteratur. Und einige westdeutsche Verlage wie der Grabert- und der Druffelverlag spezialisierten sich richtiggehend auf Literatur für Alt- und Neonazis.

Aber die Vorläufer der heutigen “RevisionistInnen” hatten einen Schönheitsfehler: Sie operierten ohne Fakten und konnten über den Kreis der Unverbesserlichen hinaus keine oder nur kaum Bedeutung erlangen. Ein Manko, das zu beheben die RevisionistInnen der 80er Jahre aufgebrochen sind. Mit scheinbar wissenschaftlichen Gutachten wird die Unmöglichkeit der NS-Massenvergassungen “nachgewiesen”.

Der Umgang mit “revisionistischen Argumenten” ist nicht einfach: Welche kennen schon den Unterschied zwischen einer US-amerikanischen und einer Nazi-KZ-Gaskammer? Was entgegenn, wenn FlugzettelverteilerInnen vor Schulen oder U-Bahnstationen die Gaskammern als Erfindung bezeichnen; wenn sie als “Beweis” die ungeheure Explosivität des Blausäuregases anführen, die einen Gebrauch der Kammer in der von ZeugInnen beschriebenen Form gar nicht zulasse? Der folgende Beitrag soll daher Euch, werte LeserInnen, (zumindest ansatzweise) in die Lage versetzen, aktiv gegen faschistische und “revisionistische” Propaganda auftreten zu können.

“Wir haben sehr gelacht in Mauthausen” (Gottfried Küssel)

Im Verlauf des Herbst 1941 wurde in den Konzentrationslagern mit dem Bau von

Gaskammern begonnen. Diese entstanden im Rahmen sogenannter “Sonderbehandlungsprogramme”, wie die Nazis den organisierten Massenmord umschrieben.

Teil dieser Programme waren nicht allein die Gaskammern. So ziemlich alle Möglichkeiten, Menschen umzubringen, wurden während Sommer und Herbst 1941 “effektiviert”:

- An Gefangene wurden Blechgefäße ausgeteilt mit der Aufforderung, an der Lager-einzäunung Himbeeren zu pflücken. Die Häftlinge, die solchen Himbeerpflücker-Kommandos angehörten, wurden alle wegen “Überschreiten der Postenkette auf der Flucht” erschossen und mit wechselnden Todesursachen in die Statistik aufgenommen.

- Eine übliche Tötungsart war vor der Aktivierung der Gaskammer auch das Verabreichen von Herzinjektionen.

DEM DEUTSCHEN VOLKE VERPFLICHTET



**Zündels triumphaler Schuldspruch:
Auschwitz wankt!**

US-Gaskammerexperte Nr. 1: NO GAS! Gaskammern erstmals untersucht! Amerikanisch-Canadisches Wissenschafterteam heimlich in Polen
Gesteinsproben: Kein Zyktron B! Faurisson, Walendy, Irving im Zeugenstand! Das Gutachten von Toronto ist das Deutschlands Erlösung!

- Hunderte wegen der katastrophalen Arbeitsbedingungen und Ernährung arbeitsunfähig gewordene Häftlinge wurden in Mauthausen und dessen Nebenlager Gusen ins “Bad” geführt und bis zu 30 Minuten lang mit kaltem Wasser bespritzt. Welche nicht sofort an den Folgen der Unterkühlung (Herzschlag) starben, erkrankten in den nächsten Tagen an Lungenentzündung, die von den Lagerärzten nicht behandelt wurde.

Wer oder was jetzt genau den Anstoß für diese Ankurbelung der Todesmaschinerie gegeben hatte, ist nicht so leicht herauszufinden. Das liegt zum einen daran, daß sich die Hierarchie der Nationalsozialisten an keinerlei Formalität zu halten hatte, wenn sie ihre Ziele durchzusetzen suchte. Zum anderen aber auch daran, daß die Inhalte der nationalsozialistischen Propaganda oftmals nicht die wahren Absichten der Nazis

wiedergaben, sondern gerade diese zu verschleiern suchten. So gibt es zum Beispiel keinen von Hitler persönlich unterschriebenen Befehl zur Ermordung von Millionen, und gerade dieses Fehlen wird von den “Revisionisten” als Beweis für die Nichtexistenz des Massenmords in Gaskammern angeführt.

Tatsächlich kann aber davon ausgegangen werden, daß die Nazis einerseits ab Mitte 1941 angesichts ihrer raschen Kriegserfolge dazu übergehen konnten, ihre Vorstellungen von “rassischen Neuordnung Europas” durchzusetzen und andererseits der Transport und die Versorgung der aus dem Reich und den okkupierten Gebieten verschleppten JüdInnen große materielle Ressourcen band, die eigentlich zur Kriegsführung gedacht gewesen wären. In dieser Situation lag den Nazis wohl nichts näher, als das zu tun, was sie immer schon hatten tun wollen: Die JüdInnen und alle sonstigen “Feinde des Deutschtums” durch Massenmord auszu-rotten.

Angesichts von sechs Mio in Gaskammern Ermordeten ist es wohl müßig zu fragen, ob Hitler selbst davon gewußt habe oder nicht. Da diese Frage aber in der Argumentation der “Revisionisten” eine zentrale Rolle spielt, soll hier kurz darauf eingegangen werden.

Der einzige die “Endlösung” direkt anordnende schriftliche Befehl erging am 31.7.1941 von Hitlers Stellvertreter Göring an Heydrich, dem Organisator des Massenmords. Sehr wohl aber gibt es an Hitler persönlich gerichtete Schreiben, in denen von der planmäßigen Ermordung der JüdInnen in Polen und der SU berichtet wird. Die Berichte an Hitler sind von Heinrich Himmler unterschrieben und auf der eigens für den weitsichtigen Hitler konstruierten Schreibmaschine mit 1 cm großen Buchstaben getippt.

Das “Argument” der RevisionistInnen, Hitler hätte von allem Bösen nichts geahnt, ist also

- 1) falsch, und
- 2) ohnedies unerheblich, denn Hitler hat mit oder ohne diesem Wissen die personelle und politische Spitze des NS-Systems gebildet, das diesen Massenmord durchgeführt hat.

Und damit zurück zu den RevisionistInnen.

Der “Leuchter-Bericht”

Als der Altnazi Ernst Zündel 1988 in Kanada wegen Leugnung des Holocausts vor Gericht stand, warb er mit Unterstützung des französischen Revisionisten Robert Faurisson den US-Amerikaner Fred Leuchter als “Gutachter” an. Leuchter hatte Hinrich-

Vor 50 Jahren erstmals Gaskammer-Morde in Mauthausen

Im Herbst 1941 wurde im Keller des KZ-Krankenreviers mit dem Bau einer Gaskammer begonnen. Die Gaskammer war Teil einer umfassenden "Effektivierung" des Massenmordes. Im Keller des (übrigens erst 1944 vollständig fertiggestellten) Krankenreviers befanden sich in allernächster Umgebung der Gaskammer auch andere Exekutionsstätten: Etwa eine Genickschußanlage und eine Vorrichtung zum Erhängen von Gefangenen.

Um den Ablauf der Exekutionen nicht zu verzögern war befohlen worden, die Opfer von ihrer bevorstehenden Ermordung nicht zu informieren. Die Gaskammer war als Großdusche eingerichtet, die Genickschußanlage vermittelte dem eintretenden Häftling das Gefühl, nur fotografiert zu werden.

Den Gaskammern als "Sonderbehandlungsmaßnahme" vorausgegangen waren sog. "Sonderwagen", bei denen die Abgase während desfahrens in das von der Fahrerkabine abgetrennte Wageninnere geleitet wurden. Als sich die Kapazität der Wagen als zu gering erwies, wurden in Mauthausen, in dessen Nebenlager Gusen sowie in Schloß Hartheim bei Linz Gaskammern in Betrieb genommen.

Die Gaskammer (siehe Graphik; 1) in Mauthausen hatte zwei hermetisch abschließbare Türen mit Guckloch (4). Sie war teilweise gekachelt und mit 16 funktionsfähigen Duschrosetten versehen, aus denen nach Vergasungen die Kammer jeweils mit Wasser gereinigt wurde. An der Decke war außerdem neben Beleuchtungskörpern und Ventilation (5) ein emailliertes Rohr (6) angebracht, welches auf der Wandseite (von unten nicht sichtbar) eine 80 cm lange und einen halben cm breite Schlitzöffnung hatte. Durch dieses Rohr, das mit der Gaseinfüllungsanlage (3) in einem kleinen Nebenraum (2) in Verbindung stand, trat das Blausäuregas in die Kam-

mer und verteilte sich. Mit (7) sind die außerhalb der Kammer angebrachten Schalter für Licht, Wasser und Ventilation bezeichnet, mit (8) die Umkleidekabine, in der sich die Opfer ausziehen mußten und von SS-Ärzten nach Goldzähnen untersucht wurden. Gefangene mit Goldzähnen wurden am Rücken gekennzeichnet.

Die Vergasung begann damit, daß der für die in der Kammer Eingesperrten unsichtbare Leiter des Massenmordes das mit Papier gebundene Gift auf einen heißen Ziegelstein schüttete und dann die Einfüllanlage mit einem abgedichteten

des Giftes als auch beim Prüfen der Kammer benutzte der Verantwortliche eine Gasmasken mit Spezialfilter.

Auf diese Art und Weise wurden allein in Mauthausen zwischen Mai 1942 und April 1945 zwischen 4000 und 5000 Menschen ermordet (Schloß Hartheim etwa 30 000; Gusen etwa 1830).

Kurz bevor das Konzentrationslager Mauthausen befreit wurde, montierten flüchtende SS-Einheiten die Gaskammer am 28. April 1944 ab und setzten neue Kacheln an die Stelle, an der zuvor das Einfüllungsgerät angebracht war. Die neuen Kacheln sind bis heute deutlich zu

sehen. Alle zu Arbeiten in den Gaskammern gezwungenen Gefangenen sollten zu diesem Zeitpunkt ermordet werden. Eine Gruppe von 6 Personen konnte jedoch im überfüllten KZ untertauchen und so der Nachwelt von der genauen Funktionsweise der Gaskammer berichten. Bleibt noch zu erwähnen, daß keiner der an den Massenmorden Beteiligten jemals die Existenz der Gaskammern geleugnet hätte. Das Leugnen bleibt somit den heutigen Neonazis vorbehalten.

Aus dem Protokoll des Prozesses gegen den SS-Standortarzt Eduard Krebsbach: "Bei meinem Dienstantritt erhielt ich vom Chef des Amtes III D

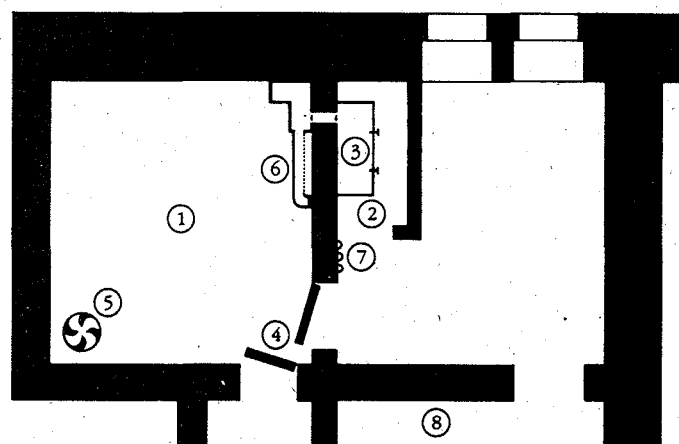
den Befehl, alle Arbeitsunfähigen und hoffnungslos Kranken zu töten, bzw. töten zu lassen.

Frage: "Und wie wurde dieser Befehl von Ihnen durchgeführt?"

Krebsbach: "Soweit es sich um hoffnungslos Kranke und absolut Arbeitsunfähige handelte, wurden sie überwiegend vergast. Einzelne wurden auch durch Benzin-Injektionen getötet."

Diese ist nur eine von vielen Aussagen, die die Existenz und Anwendung von Gaskammern als Instrument des Massenmordes belegen.

Grundriß der Gaskammer im Konzentrationslager Mauthausen



- | | |
|----------------------------------|---|
| ① Gaskammer | ⑤ Elektrische Ventilation |
| ② Gaszelle | ⑥ Emailliertes Rohr |
| ③ Gas-Einfüllungsgerät | ⑦ Schalter (Licht, Wasser, Ventilation) |
| ④ Hermetisch abschließende Türen | ⑧ Auskleideraum |

Deckel und zwei Flügelschrauben verschloß. Die Wärme des Ziegelsteins entband das Gift von den Papierstreifen und ließ es gasförmig aufsteigen, sodaß es durch das Emailrohr in die Gaskammer gelangte. Nach 15 bis 20 Minuten versicherten sich die Mörder mit einem Blick durch das Guckloch, daß auch wirklich alle Opfer tot waren. Dann wurde die Ventilation eingeschaltet, die das Gas ins Freie beförderte. Nach etwa 30 weiteren Minuten wurde eine Tür der Kammer geöffnet und mit einem präparierten Papierstreifen geprüft, ob noch Gas in der Kammer sei. Sowohl beim Einfüllen

ungsstätten für die US-Justiz konstruiert und gebaut und war in geringem Ausmaß auch am Umbau einer Gaskammer beteiligt. Im Auftrag Zündels reiste Leuchter nach Auschwitz und Majdanek und entwendete dort angeblich Mauerteile in Gebäuden der ehemaligen Konzentrationslager. Nach der Untersuchung dieser Mauerteile will er in einem umfangreichen Gutachten

zum Schluß gekommen sein, daß in Auschwitz keinerlei Massenvergasungen stattgefunden haben können. Zu seinem großen Unglück sind aber die "Meßergebnisse" seiner Untersuchungen nicht nachvollziehbar, sodaß das Gericht das Konvolut zwar zu den Akten nahm, ihm aber ausdrücklich keinerlei Beweiskraft zuerkannte. Es hatte sich nämlich u.a. herausgestellt, daß Leuchter

nicht nur keine entsprechende medizinische, chemische oder toxikologische Ausbildung vorzuweisen hatte, nach US-amerikanischem Recht war er nicht einmal befugt, irgendwelche Ingenieurstätigkeiten zu verrichten (geschweige denn Mordmaschinen zu bauen).

Dennoch wurde der Leuchter-Bericht quasi der Angelpunkt der revisionistischen "Ge-

schichts"schreibung. Erstaunlicherweise liegt er in zwei zum Teil von einander verschiedenen (teilweise sich sogar widersprechenden) deutschsprachigen Versionen vor!

"Argument": Gaskammern nicht funktionsfähig

Leuchter argumentiert, daß die Gaskammern unzureichend abgedichtet gewesen seien und sich daher Gas durch Ritzen etc. einen Weg ins freie hätte verschaffen können. Dort wiederum hätte ungeheure Ex-

tration des Giftgases weit unter einem Prozent gelegen haben.

In einer anderen Argumentationslinie vertritt Leuchter die Ansicht, daß sich das Giftgas einerseits auf Grund der herrschenden Kälte und Feuchtigkeit nicht habe entwickeln könne, und andererseits die Entlüftung der Kammern in Folge fehlender Ventilatoren Stunden, wenn nicht sogar Tage gedauert hätte. Die Berichte von laufenden Massenvergasungen könnten daher nicht der Wahrheit entsprechen.

Dem ist entgegenzuhalten, daß in den Gaskammern von Auschwitz bis zu 2000 Men-

hat aber einen deutlichen "Schönheitsfehler": Auf keiner der Aufnahmen, die Leuchter beim Entnehmen von Gesteinsproben zeigen, läßt sich erkennen, wo genau das Video aufgenommen wurde. Leuchter hätte die Gesteine ebensogut seinem Gartenhäuschen entnehmen können, und das davon angefertigte Video mit seinen Außenaufnahmen aus Auschwitz zusammenschneiden können. Auf Anfrage des Holocaustforschers Werner Wegner, der sich sehr ausführlich mit dem "Leuchter Bericht" auseinandergesetzt hat, teilte die Museumsleitung der Gedenkstätte Auschwitz jedenfalls im Jahre 1989 brieflich mit, daß sich in den im Leuchter Bericht angegebenen Räumen keine Stellen finden ließen, an denen Leuchter Proben abgenommen haben könnte.

Nun gut. Die solcherart erworbenen Gesteinsstücke wurden irgendeinem Institut in Massachusetts zur "Untersuchung" geschickt. In einem der beiden deutschen Fassungen des Leuchter-Berichts ist ein Zertifikat enthalten, in dem ein gewisses "Alpha Analytical"-Labor vom Staat Massachusetts berechtigt wird, Trinkwasser zu untersuchen. Weiters ist eine Aufforderung Leuchters beigefügt, die Gesteinsproben doch nach Cyanat zu untersuchen. Unglücklicherweise aber ist das Cyanat das Salz der Cyansäure (HOCN), und hat nichts mit Blausäure (HCN) oder ihren möglichen Ablagerungen zu tun.

Über die verwendete Analyse-Methode verrät der Leuchter Bericht kein Wort.

O.K., also Leuchter meint zu wissen, daß sich für den Fall, daß tatsächlich Massenvergasungen durchgeführt worden seien, Ablagerungen der Blausäure in den Poren der Mauern zurückgeblieben sein müssen, die womöglich in Reaktion mit Eisen sogenanntes Berliner Blau ergeben haben könnten. Diese These verwirft der Chemiker Bailer. Tatsächlich eingeschlossene Reste der Blausäure wären in den vergangenen vier Jahrzehnten längst durch Einwirkung von Licht, Kalk und Wasser zerstört worden. Selbst das unter weit günstigeren Bedingungen als in einer Mauer gelagerte Haar im Gas ermordeter Frauen enthielt bereits wenige Monate nach der Entdeckung nur mehr Spuren der Blausäure (die Nazis hatten den toten Frauen das Haar zwecks Wiederverwertung abgeschnitten und gelagert).

Erstaunlicherweise findet Leuchter dennoch Berliner Blau in seinen Steinen, allerdings nicht in jenen, die der Gaskammer entstammen sollen. Die Steine mit der angeblich deutlichen Blaufärbung sollen einer Entlausungsanlage entstammen.

Damit wäre doch glatt bewiesen, daß es keine Vergasungen gegeben habe, meint Leuchter, wenn doch selbst eine Entlausungsanlage mehr Blausäure-Spuren enthält als eine "angebliche" Gaskammer.

Die ausführliche Beweisführung, die Chemiker Bailer dem Leuchter-Gutachten entgegenhält ist zwar interessant, aber gleichzeitig belanglos: Im Falle der Krematorien,



Ruine des Krematoriums II in Auschwitz-Birkenau

plosionsgefahr herrschen müssen, da nahegelegene Krematorien oder aber ein Zigaretten rauchender Soldat das hochexplosive Cyanwasserstoff (Blausäure)-Luft-Gemische mit Sicherheit entzündet hätten.

Hier geht Leuchter (bestenfalls) von den in US-Gaskammern üblichen Verhältnissen aus. In diesen wurde und wird aber sehr viel Gas verwendet, um einen möglichst raschen und schmerzlosen Tod des Opfers zu gewährleisten.

Es gibt aber keinen Hinweis darauf, daß in den Nazi-KZ auch nur annähernd soviel Gas eingesetzt worden wäre wie in den US-Mordanstalten üblich. Ganz im Gegenteil: Obwohl Blausäure eines der am schnellsten wirkenden Gifte ist, haben die Massenvergasungen in den Nazi-KZ nach Berichten von ZeugInnen 20 und mehr Minuten, in Extremfällen sogar Stunden gedauert. Das Ziel der Nazi-Vernichtungsmaschinerie war nämlich nicht die schnelle und schmerzlose, sondern die "effektive" Tötung der Opfer: Möglichst viele Menschen sollten mit möglichst geringem Aufwand ermordet werden!

Der Chemiker Josef Bailer kommt zu dem Schluß, daß eine Explosionsgefahr von den Gaskammern gar nicht ausgegangen sein kann, da Cyanwasserstoff erst bei einer Konzentration von 6-7% explodieren kann. In den Gaskammern aber muß die Konzen-

tration des Giftgases weit unter einem Prozent gelegen haben. In einer anderen Argumentationslinie vertritt Leuchter die Ansicht, daß sich das Giftgas einerseits auf Grund der herrschenden Kälte und Feuchtigkeit nicht habe entwickeln könne, und andererseits die Entlüftung der Kammern in Folge fehlender Ventilatoren Stunden, wenn nicht sogar Tage gedauert hätte. Die Berichte von laufenden Massenvergasungen könnten daher nicht der Wahrheit entsprechen.

Dem ist entgegenzuhalten, daß in den Gaskammern von Auschwitz bis zu 2000 Menschen auf einmal ermordet wurden. Diese Menschen standen dichtest aneinander gedrängt in einem Raum. Die Körpertemperatur eines Menschen liegt knapp unter 37 Grad. Die Temperatur, bei der HCN Gasform annimmt und leichter als Luft wird liegt bei 25,65 Grad. Es hat also nur wenige Minuten gedauert, bis die Körperwärme der in die Gaskammer gepferchten Menschen den Raum auf die "notwendige" Temperatur aufgeheizt hatte.

Und bezüglich der Entlüftung bleibt der Verweis auf bereits Gesagtes: Zumindes in technischer Hinsicht können Nazi-Gaskammern nicht mit US-Gaskammern verglichen werden. Die Konzentration des in deutschen Gaskammern verwendeten Gases war weit geringer; entsprechend veringerten sich auch die Entlüftungszeiten.

"Argument": Keine Blausäurespuren in KZ-Mauern

Wie bereits erwähnt will Leuchter in Auschwitz und Majdanek Gesteinsproben gefladert haben, um sie nach Spuren von Blausäure zu untersuchen. Das Fladern der Mauerbrocken wurde auf ein Video gebannt, welches heute bei allen einschlägigen Neonazi-Organisationen erhältlich ist. Es

die zu Kriegsende von der SS gesprengt worden waren, handelt es sich um Nachbauten unter Verwendung von ungebrauchtem Material der früheren Herstellerfirmen. Nicht gesprengte Bauten waren im Rahmen der Einrichtung der Gedenkstätte mehrmals umgebaut und renoviert worden. Herr Leuchter hat Blausäurespuren in Bauten gefunden, die in dieser Form tatsächlich nie als Gaskammern im Einsatz waren!

“Argument”: Vergasung so vieler Menschen technisch nicht möglich

Mehrfach versucht der Leuchter-Bericht die Behauptung aufzustellen, daß Massenvergasungen unter den von ZeugInnen berichteten Bedingungen gar nicht möglich gewesen seien, bzw, daß unter diesen Bedingungen niemals soviele Menschen hätten vernichtet werden können.

Zuerst strapaziert Leuchter die Größe der Gaskammern: Unter der Annahme, daß ein Mensch in einem dichtgedrängten Raum 0,836m² an Fläche benötigt, errechnet Leuchter eine mögliche gleichzeitige Anwesenheit von 94 Menschen in der 78,41m² großen Vergasungshalle des “Krematoriums I”. Die Rechnung ist korrekt, allein die Grundannahme ist falsch: In der BRD gibt es sogar eine Verordnung, in der der Mindestplatzbedarf einer Person festgelegt ist. Diese Verordnung soll sicherstellen, daß eine vollgestopfte Straßenbahn die Last der transportierten Fahrgäste auch tatsächlich tragen kann. Und da bei Straßenbahnen niemand die Zahl der Fahrgäste zählt, mußte eben ein Wert für den Platzverbrauch einer Person in einem dichtbesetzten Raum ermittelt werden. Laut Verordnung sind pro Person 0,125 m² Fläche bzw. 8 Personen/m² anzunehmen. D.h., daß eine deutsche Straßenbahn auf einen m² Bodenfläche das Gewicht von 8 Menschen aushalten können muß. Umgerechnet auf die Bodenfläche der Vergasungshalle bedeutet das bis 618 gleichzeitig vergasteten Menschen. Darüber hinaus “vergißt” Leuchter zu erwähnen, daß die Vergasungshalle mehrfach verändert wurde und zeitweise 98,9m² groß war, also bis zu 790 Opfern Platz “bot”. Die Differenz der angenommenen Zahl der gleichzeitig in einer Vergasungshalle Ermordeten wird bei Betrachtung anderer Hallen noch weit größer (In Auschwitz und Birkenau gab es 5 als “Krematorien” bezeichnete Vergasungshallen). In die “Krematorien” II und III sollen laut Leuchter etwa 278 Personen auf einmal hineingepasst haben. Die BRD-Verordnung bringt aber in den je 227,3 m² großen Kammern 1819 Opfer unter.

Das Verbrennen der Leichen

Des Weiteren beschäftigt sich Leuchter mit der Leistung der tatsächlichen Krematorien, die sich im gleichen Haus wie die Ver-

**Klosterhaus Versandbuchhandlung
D 3417 Lippoldsberg**

erhalten Sie nach Einsendung von M 7.50 an den Verlag, den 60 seitigen Bericht Nr. 36 von einer sensationellen Gerichtsverhandlung in Kanada über das untenstehende Thema.

Tel: 05572/7310

Historische Tatsachen Nr. 36

Schlußfolgerung

Nach Durchsicht des gesamten Materials und nach Inspektion der Standorte in Auschwitz, Birkenau und Majdanek findet der Autor die Beweise überwältigend. Es gab keine Exekutions-Gaskammern an irgendeinem dieser Orte. Es ist die beste Ingenieursmeinung dieses Verfassers, daß die angeblichen Gaskammern an den inspezierten Plätzen weder damals als Exekutions-Gaskammern verwendet worden sein konnten, noch daß sie heute für eine solche Funktion ernsthaft in Betracht gezogen werden können.

Ausgefertigt am 5. Tag des Monats April 1988 in Natick, Massachusetts. Fred Leuchter Associates, Inc. Fred A. Leuchter, Jun. Oberingenieur

Ein Prozeß, der Geschichte macht

STATE OF MASSACHUSETTS
DEPARTMENT OF CONSUMER AFFAIRS
AND HUMAN RESOURCES
MASSACHUSETTS PROFESSIONAL MAIL PERMIT NO. 1
PO BOX 687
NATICK, MASSACHUSETTS 01944
PHONE 314 751 1344
January 13, 1988

Mr. William Kulaszka
Attorney and Solicitor
8655 Queens Avenue
London, Ontario Canada N6M 2M7
1601 St. Kulaszka

I received your letter regarding your v. Leuchter and the fact that you are an expert witness dealing with crematoria by "gas chambers". I have considerable knowledge in that area, however, I suggest you contact Mr. Fred A. Leuchter, 190 Parker Hill Street, Natick, MA 01947, have telephone number 513-223-0100. Mr. Leuchter is an engineer specializing in gas chambers and crematoria. He is well versed in all areas and is the only consultant in the United States that I know of.

If I can be of further assistance, please do not hesitate to call on me at any time.

Sincerely,
Bill M. Armentrout
Member

Faksimile des Briefes vom Leiter des Staatsgerichtes Jefferson City, Missouri - Bill M. Armentrout -, der Fred Leuchter als einzigen, ihm bekannten nützlichen Experten empfohlen hat.

Staatsanwalt Pearson (mit Kaffeekännchen) blieb auf der Pressekonferenz zahlreiche Antworten schuldig und wird anschließend noch von Journalisten befragt.

Bevor Sie weiter an die Sage der Gaskammern glauben lassen Sie sich diese Unterlagen kommen. Jemanden Ihren Lesesitz? Sie sich im Kurier vom 24.III 89 gelesen hat !

gasungshallen befanden. Er führt aus, daß es zur Verbrennung einer Leiche einer Temperatur von etwa 1093 Grad C bedarf sowie eines Nachbrennvorganges mit erreichten 871 Grad. Die koksbefeuerten Verbrennungsofen in Auschwitz hätten jedoch bestenfalls 760 Grad erreichen könnten und außerdem über keine Nachbrenneinrichtung verfügt. Die Betriebsvorschrift der Herstellerfirma Topf & Söhne gibt jedoch an, daß bei etwa 800 Grad mit dem Einfahren der Leichen begonnen werden könnte. Sie weist auch darauf hin, daß die Temperatur des Ofens 1100 Grad nicht übersteigen darf. Die Bedienungsanleitung enthält auch Vorschriften für die Benutzung der Nachbrenneinrichtung. Leuchter nimmt für die Verbrennung von Leichen eine Verbrennungszeit von 3.5 Stunden an. Er bezieht sich dabei auf “übliche” Zeiten, “vergißt” aber, daß in den heutigen Krematorien die Pietät den Gestorbenen gegenüber oberstes Gebot ist. Selbstverständlich wird immer nur eine Leiche auf einmal verbrannt, dann die Asche eingesammelt und extra behandelt. Das sind Be-

dingungen, an die sich die Nazis mit dem Ziel der Massenausrottung ihrer Ansicht nach minderwertigen Lebens sicher nicht gehalten haben. Leuchter nimmt an, daß bei Dauerbetrieb in allen Krematorien zusammen nicht mehr als 353 Ermordete in 24 Stunden verbrannt werden konnten. Tatsächlich rationalisierten die Nazis das Verbrennen ihrer Opfer derart, daß sie bis zu drei Leichen verschiedener Körpergröße pro Rost auf einmal verbrennen lassen konnten. Und der überzeugendste Beleg für die Unsinnigkeit der Behauptungen, die Leuchter unter die Leute bringen möchte, kommt von den Mördern selbst: In einer Meldung der Auschwitz Zentralbauleitung an das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt wird die Gesamtzahl der innerhalb eines Tages einäschbaren Leichen mit 2508 angegeben. Die durchschnittliche Dauer des Verbrennungsvorganges (drei Leichen auf einmal) schwankt zwischen 45 und 76 Minuten. Die Differenz zwischen der Zahl der möglichen Ermordungen und der möglichen Einäscherungen (auch ein Ansatzpunkt “revisionistischer Geschichtsschreibung”) kann

damit erklärt werden, daß die Vergasungshallen eben nicht ständig in Betrieb gewesen sind. Sie waren durchaus reparaturanfällig. Des Weiteren wurden nicht jeden Tag neue Opfer nach Auschwitz und Birkenau verfrachtet. Und in Zeiten, in den die Mordmaschinerie wirklich auf Hochtouren lief, standen die Organisatoren der Massenvernichtung auch wirklich vor dem Problem, nicht alle Leichen verschwinden lassen zu können.

Die Körper derer, die nicht mehr in die Öfen hineinpassten, wurden in Gruben auf dem KZ-Gelände verbrannt und dann verbuddelt.

Gar nicht möglich, sagt Leuchter, denn der Grundwasserspiegel in Auschwitz und Birkenau schwankt zwischen 41 und 65 cm unter der Erdoberfläche. Und unter Wasser ließen sich keine Leichen verbrennen.

Das stimmt — für heute.

In den vierziger Jahren jedoch sorgte ein Kanalsystem, der "Königsgraben", für die Ableitung des Wassers in die Weichsel; der Grundwasserspiegel lag weit tiefer. Die Tiefe der Verbrennungsgruben soll nach Aussage von ZeugInnen 1,5 bis 3m betragen haben. Unbestritten, von ZeugInnen und Bauplänen belegt, aber von Leuchter nicht zur Kenntnis genommen ist die Tatsache, daß es in Auschwitz und Birkenau unterirdische Krematorien mit Tiefen von 2,43 m gegeben hat.

Abdichtung und Entlüftung

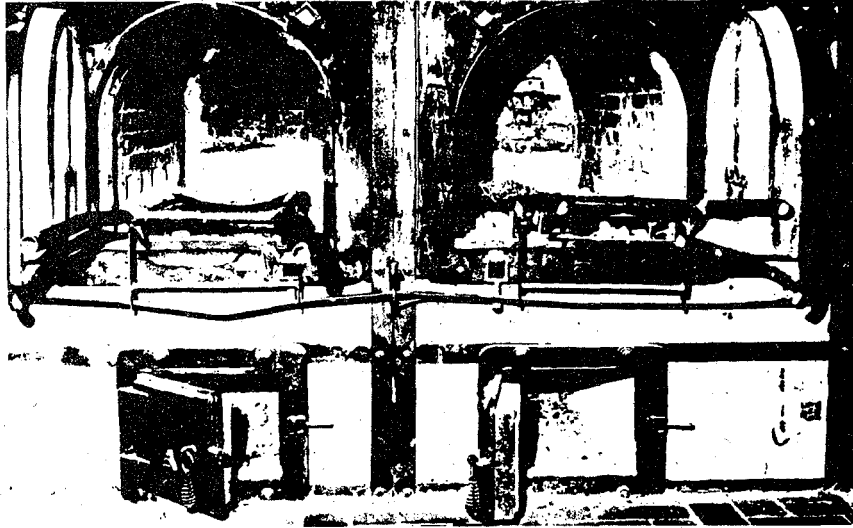
In Leuchters Bericht wird ausführlich auf die Frage der Abdichtung und Belüftung der Vergasungshallen eingegangen. Angeblich soll beides nicht oder nicht in notwendiger Form vorhanden gewesen sein, zumal Leuchter es nicht gefunden habe. Das ist Unsinn. Wie bereits erwähnt sind wesentliche Teile der Mordanlagen noch von der abziehenden SS zerstört und erst später nachgebaut worden. Teile der Anlagen, die Leuchter als funktionsunfähig bezeichnet (Absauganlagen), sind dies auch, weil sie nachgebaute Atrappen sind, die den BesucherInnen lediglich die Funktionsweise der Massenvernichtungsanlagen veranschaulichen sollen.

Weiters bemerkt Leuchter, daß weder Türen noch Fenster ausreichend abgedichtet gewesen sein sollen. Zum Teil stimmt dies auch, denn die meisten Vergasungskammern hatten gar keine Fenster, die abgedichtet werden mußten. Sie lagen unter dem Bodenniveau. Für die Klappen, durch die das Giftgas in die Gaskammer gelangte

sowie für die Spezialtüren sind im Museum der Gedenkstätte noch heute Bestellscheine und Rechnungen zu sehen. Selbstverständlich für abgedichtete Spezialtüren und Klappen!

Die Zahl der Ermordeten....

...kann Leuchter nach seiner wenig überzeugenden Analyse des Platzbedarfs eines



Verbrennungsöfen im Konzentrationslager Mauthausen

Menschen mittels eines weiteren Tricks noch einmal reduzieren. Die — völlig aus der Luft gegriffene — Behauptung Leuchters, wonach die Gaskammern keine entsprechende Entlüftung gehabt hätten nutzt er, um die Auslüftungszeit zu verlängern: Unter diesen Bedingungen könnten Lüftungszeiten von bis zu einer Woche angenommen werden, meint er. Das hieße aber, daß die Gaskammern nicht mehrmals täglich, sondern nur einmal in der Woche hätten benutzt werden können. Und so kommt Leuchter schließlich auf eine hypothetische Zahl von 112.456 möglichen Morden in Auschwitz und im angrenzenden Birkenau. Hypothetisch deshalb, weil Leuchters Gutachten ohnehin "belegt", daß die Massenvernichtung in den Gaskammern nie stattgefunden habe.

Die von HistorikerInnen ermittelte Zahl der in Auschwitz Ermordeten liegt in etwa bei einer Million!

Müssen die Gaskammern bewiesen werden?

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen läßt einiges zu wünschen übrig. Aspekte wie etwa die Ermordung von Lesben und Schwulen oder die Sterilisierung von Frauen wurden erstmals — wenn überhaupt — in den Siebzigern bearbeitet, also zu einer Zeit, in der die ForscherInnen sich fast nur mehr auf eventuell vorhandenes Aktenmaterial stützen konnten. Und diese Unterlassungen in der Forschung hat

nicht geringe Teile der Nazi-Ideologie unangetastet im Verborgenen weiterschleppern lassen. Selbst wirklich unverdächtige Institutionen und Personen werden bisweilen von diesem Versäumnis eingeholt: So findet sich etwa in den Schauräumen des KZ-Mauthausen kein Hinweis darauf, daß Lesben im KZ mit einem schwarzen Winkel gekennzeichnet wurden. In Mauthausen wird der schwarze Winkel als Kennzeichen

der "Asozialen" geführt....

Denoch stehen den eifrigen Nachforschungen des Herren Leuchter wissenschaftlich belegte Fakten entgegen. Bereits im Juni 1945 untersucht eine polnische "Hauptkommission zur Untersuchung der deutschen Verbrechen in Polen" 7000 Kilogramm nach Kriegsende gefundenes Frauenhaar sowie Ablagerungen auf im Haar gefundener Haarspangen etc. Die Untersuchungen belegen eindeutig das Vorhandensein von Blausäure-Rückständen.

Auf Grund diverser Bestellisten, Kosten-

abrechnungen, Aufzeichnungen über den Zugverkehr usw. usf. kann auch heute noch in etwa festgestellt werden, wie viele Menschen Opfer der faschistischen Massenvernichtung geworden sind. Ganz zu schweigen von den Aussagen Überlebender, deren Angehörige während des zweiten Weltkrieges geradezu im Bermudadreieck verschwunden sein müssen, wenn es doch keine Massenmorde gegeben haben soll.

Aber ehrlich gesagt, wird mir das jetzt alles ein bisschen zu viel mit dem Schreiben. Ich schließe daher mit der Ankündigung, nach dem Sommer sowohl zu "Revisionismus" als auch zu "Faschismustheorie" einige Sachen zu bringen und verweise auf die wirklich hervorragend gemachte Broschüre "Amoklauf gegen die Wirklichkeit", herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Dieser Broschüre sind ein Großteil der Infos für diesen Beitrag entnommen. Achtung: Die Broschüre kostet im Buchhandel 140 Öschis, beim DÖW selbst aber nur 90,-
Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW): Wipplinger Str.8; A-1010 Wien. Tel.: 534 36/779

"Judenvergasung" widerlegt

Die große Auschwitz-Lüge/s.s

National-Zeitung

Wie Hitler wirklich starb

Seine letzten Worte:

» Ich habe den Krieg nie gewollt «

Rezension:

Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur

Einige Male in all den langen Jahren konnten sie sich im Spiegel betrachten: Sie sahen einen anderen. Dünn wie Fakire, aufgerieben durch die unablässige Folter zogen die "Geiseln" der uruguayischen Militärdiktatur von Kaserne zu Kaserne, verdammt zur Einsamkeit der Bunker, die kaum größer waren als ein Sarg. Nicht einmal mit den Dingen konnten sie reden. Es gab keine Gegenstände in den Zellen, da war nichts. Sie schiefen auf dem eisigen Betonboden, aufgeschreckt durch jedes Geräusch der Gitter oder Stiefelschritte, die eine neue Folterrunde ankündigen konnten. Manchmal gab man ihnen nicht einmal Wasser, und sie tranken ihren eigenen Urin. Manchmal verweigerte man ihnen das Essen, und sie aßen Fliegen, Würmer, Papier, Erde. Manchmal geschah ein Wunder: Ein frischer Luftzug trug den Geruch von Orangen durch ein kleines Loch im zugemauerten Fenster, oder ein kleiner Lichtstrahl, vielleicht eine Vogelfeder fand den Weg durch das kleine Loch. Manchmal ertönte an der Wand eine Nachricht des Gefangenen von nebenan: eine Botschaft, erzählt mit den Fingerknöcheln.

Dieses Buch feiert einen Sieg der menschlichen Sprache. Zwei der "Geiseln", Mauricio Rosencof und "Ñato" Fernández Huidobro rufen auf diesen Seiten ihre Erfahrungen in jenem Reich der Stille und des Terrors wach. Sie erzählen, wie sie, "wie Efeu an der Mauer" dem Leben verhaftet, ihre Würde als Menschen vor einem System retten konnten, das sie in den Wahnsinn treiben und in leblose Dinge verwandeln wollte.

Die Verständigung, die sie sich durch ein improvisiertes Morsealphabet aufbauen konnten, war der Schlüssel zu dieser Rettung. Die Finger trommelten, und so eroberten sie sich das Recht auf ihre Stimme, das man ihnen abgesprochen hatte: Durch die Mauern hindurch gaben sie sich Kraft und Trost, diskutierten, teilten Erfahrungen und Wahnvorstellungen, Menschen und Phantome, Erinnerungen und Träume. Jene Musik kleiner Trommeln, jene einfachen Geräusche waren die schönste Sinfonie Beethovens; in ihnen erklang das Wunder des Universums. Dem Mund war es verboten zu sprechen, also sprachen die Finger. Sie sprachen die eigentliche Sprache, die aus der Notwendigkeit zu sprechen geboren wird.

Die Begegnung zwischen Mauricio und Ñato durch die Mauern hindurch enthüllt nicht nur die Kraft der Würde und die Macht des Einfallsreichtums unserer politischen Gefangenen: Dieser faszinierende Dialog ist darüber hinaus das treffendste Symbol für die Niederlage eines Systems, das ganz Uruguay in ein Land von Taubstummen verwandeln wollte.

Die wesentlichen Züge des Buches sind in diesem Vorwort von Eduardo Galeano wiedergegeben: Neun Gefangene, die als Geiseln der Oligarchie und der Militärdiktatur gegenüber der Widerstandsbewegung MLN über elfeinhalb Jahre isoliert, gefoltert und systematisch von einem Gefängnis zum anderen verlegt wurden, um ihren Aufenthalt geheim zu halten. Zwei dieser Gefangenen haben ihre Erfahrungen und Erinnerungen gemeinsam auf Band gesprochen und so den Menschen zugänglich gemacht. Erfahrungen, die, kaum aufbereitet, aus allererster Hand, unmittelbarer, authentischer, spannender, brutaler nicht sein könnten.

Die *Memorias del calabozo* — so der spanische Originaltitel des Buches — sind die Einlösung eines Versprechens, das sich Mauricio Rosencof und Eleuterio Fernández Huidobro in den Verliesen einer Militärkaserne gegeben haben. Sie sind das Ergebnis langer Gespräche, die die beiden nach ihrer Freilassung führten. Sie wurden auf 45 Tonbandkassetten aufgezeichnet und von "Radio Panamericana", dem Sender der Tupamaros, in mehreren Folgen

ausgestrahlt.

Zum Zusammenhang der Geschichte: In den sechziger Jahren stürzt die Oligarchie Uruguay in eine schwere ökonomische Kri-



se — es ist das einzige Mittel, ihre Privilegien zu retten. Diese Krise zieht andere nach sich: die soziale, die politische, die moralische...

Das uruguayische Volk weigert sich, die ungeheuren Konsequenzen zu tragen, die für die Rettung überholter Interessen einer Minderheit notwendig wären. Ab 1968 greift die Oligarchie auf die Anwendung systematischer Gewalt zurück. Die Repression schlägt mitleidlos zu. Eine der vielen Formen des Kampfes, die das Volk der Eskalierung des Faschismus entgegensetzt, ist der bewaffnete. Ein organisierter Ausdruck dieses Kampfes sind die Tupamaros. Im Verlauf des Jahres 1972 erleidet die MLN eine schwere militärische Niederlage. Danach nimmt das Heer, die letzte Karte der Oligarchie, die Stellungen auch der anderen Volksbewegungen ein.

Im Juni 1973 löst das Militär das Parlament auf, illegalisiert die CNT, die Nationale Vereinigung der Arbeiter (die mehr als 15 Tage im Widerstand gegen den Staatsstreich einen beispielhaften Generalstreik aufrechterhalten hatte), verbietet die politischen Parteien, zerschlägt die universitäre Autonomie, liquidiert jegliche Freiheit, bringt Massen von Menschen hinter Gitter und in die Folterkammern und mordet in immer weiterer Verfeinerung des Grauens...

In einer Nacht im September 1973 werden neun Mitglieder der MNL überraschend aus ihren verschiedenen Zellen im Gefängnis von Libertad — einem kleinen Ort in der Nähe von Montevideo — geholt. Diese neun Menschen werden für die nächsten elfeinhalb Jahre die Geiseln des Militärs: ein menschliches Pfand, um der MLN die Bewegungsfreiheit zu rauben.

Erst im April 1984 werden die neun Geiseln vor dem Hintergrund einer neu erstarkenden Volksbewegung nach Libertad zurückverlegt. Acht von ihnen werden mit dem Ende der Militärdiktatur 1985 freigelassen. Der neunte, Adolfo Wasem, überlebt die Haft nicht. Er stirbt im November 1984 in der Zelle eines Militärkrankenhauses.

Mauricio Rosencof und Eleuterio Fernández Huidobro sind seither wieder mit ganzer Kraft politisch aktiv. Von beiden sind auf Spanisch bereits mehrere umfangreiche Texte erschienen. Eine Auswahl aus Texten von Mauricio Rosencof ist übersetzt unter dem Titel "Hundeleben — Literarische Einmischungen eines Tupamaros" im gleichen Verlag erschienen. ●

Mauricio Rosencof, E. Fernández Huidobro: Wie Efeu an der Mauer — Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur
Verlag Libertäre Assoziation
Hamburg 1990

Hungerstreik für Umwelt und BäuerInnen

Die Situation der Bauern und Bäuerinnen in Österreich war noch nie besonders gut. Doch jetzt, angesichts der Schaffung des EWR, der Anbiederung Österreichs an die EG und der ins Haus stehenden GATT-Reform, scheint sie noch übler zu werden.

Am Mittwoch, 24. Juni, stand ein neues Landwirtschaftsgesetz im Nationalrat zur Debatte. Für Landwirtschaft, Gesellschaft und Umwelt standen weitreichende Entscheidungen an. Das neue Agrargesetz hätte der Bedeutung der Landwirtschaft als Lebens- und Ernährungsgrundlage Rechnung tragen und damit die Existenz der BäuerInnen sichern können. Doch natürlich kam es wieder anders.

(Aktionskomitee zur Rettung der bäuerlichen Landwirtschaft und zur Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen, TATblatt-Wien)
Mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ wurde das Agrarpaket (Marktordnungsgesetz-Novelle, Viehwirtschaftsgesetz-Novelle, "Agrarmarkt Austria"-Gesetz, Novelle zum Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz, Stärkeförderungs-gesetz, Novelle über Maßnahmen betreffend Isoglucose, Landwirtschaftsgesetz, Bundeslandwirtschaftsgesetz) angenommen. Die offensichtlichsten Änderungen im Marktordnungs-bereich: Die BäuerInnen bekommen weniger Geld für ihr Getreide, die Milch wird billiger.

Trotz grünem Riesen (nein, nein, es dreht sich nicht immer alles um Peter Pilz; Anm. d. Autorin) gibt es auch in der Landwirtschaft eine (oder mehrere) Opposition. Dazu zählt auch das Aktionskomitee. Und das ahnte schon Böses.

Weil sie der festen Überzeugung waren, daß die verantwortlichen politischen und beruflichen Vertreter zu wenig Einsatz für ein gutes Landwirtschafts- und Lebensgrundlagengesetz zeigen würden, beschlossen Vertreter des Komitees einen Hungerstreik vor dem Parlament. Der sollte mit dem Tag, da die intensiven Beratungen über das Landwirtschaftsgesetz beginnen sollten, starten und ein besonderes Zeichen sein, um auf den Ernst der Situation aufmerksam zu machen.

Ing. Josef Willi, Geschäftsführer des Studien-zentrums für Agrarökologie an der Uni Innsbruck, hungerte bis zum 23. Juni. Minister Fischler fand nicht eine Minute Zeit, bei ihm vorbeizuschauen. Es zeigt sich mal wieder: die "große Politik" ist bereit, über Leichen zu gehen.

Wofür ein Hungerstreik?

Nach Ansicht des Komitees war die Regierungsvorlage nicht annehmbar. Es entwickelte ein paar Forderungen an das neue Landwirtschaftsgesetz, von dem sie verlangten, daß es der aktuellen Situation Rechnung tragen müßte:

- zum Namen des Gesetzes:

Bei diesem Gesetz geht es keineswegs nur um die Interessen der Landwirtschaft. Es geht um jene der gesamten Gesellschaft. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlage hat langfristig eine mehr oder weniger gleichwertige Bedeutung, wie die Ernäh-

rungssicherung.

Die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, für welche die BäuerInnen derzeit keinen Marktpreis erhalten, ist daher eine von der gesamten Gesellschaft zu leistende Aufgabe. Das muß schon im Namen des Gesetzes andeutungsweise zum Ausdruck kommen: *Bundesgesetz zur Sicherung der Ernährung, zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Erhaltung einer leistungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft.*

Wofür ein Hungerstreik?

1. Für eine Namensänderung: „Landwirtschafts- und Lebensgrundlagengesetz“ statt nur „Landwirtschaftsgesetz“.
2. Für eine unbedingte verfassungsmäßige Verankerung des Gesetzes (Verfassungsbestimmung), wie bisher.
3. Allenmindestens für eine Gleichstellung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen mit den anderen Zielen des Gesetzes und gegen die Unterordnung dieses Schutzes unter die Interessen der Gesamtwirtschaft und der Verbraucher.
4. Für eine gerechte Abgeltung der Leistungen der Landwirtschaft, die keinen Marktwert haben, die diese im gesamtgesellschaftlichen Interesse aber erbringen muß, sofern sie mit den Lebensmittelpreisen und mit den Bewirtschaftungsprämien nicht mehr hinreichend abgeregelt werden.
5. Für eine Absicherung dieser Leistungen in Form eines Rechtsanspruches auf dieselben.
6. Für eine Festlegung von ökologischen Bewertungskriterien als Grundlage für die Abgeltung dieser Leistungen in Form einer Verordnung.
7. Für eine klare Trennung zwischen jenen Beiträgen an die Bauern, die der Abgeltung von erbrachten bzw. zu erbringenden Leistungen dienen und jenen, die für die Förderung der Landwirtschaft bestimmt sind.
8. Für die Aufnahme mindestens eines Vertreters der Natur- und Umweltschutzverbände in die ansonsten nur partei- bzw. sozialpartnerschaftsmäßig zusammengesetzte §-7-Kommission.
9. Für die Einhaltung des Versprechens, daß die Bauern bei einem EG-Beitritt einen „Europavertrag“ erhalten.
10. und zusammenfassend:
Für die unbedingte Erhaltung eines zahlenmäßig ausreichenden und beruflich qualifizierten bäuerlichen Berufsstandes, der in der Lage ist
- unsere Ernährung jederzeit auch in Zukunft aus der eigenen Landwirtschaft zu sichern,
- unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen
- unsere bäuerliche Kulturlandschaft als Lebens- und Erholungsraum für uns alle in der gewünschten Weise zu pflegen und zu gestalten

- zum Ziel des Gesetzes:

Das Ziel muß sein (§ 1):

1. die Sicherung der bestmöglichen Versorgung der Bevölkerung mit qualitätsmäßig hochwertigen Lebensmitteln und Rohstoffen aus der heimischen Landwirtschaft (Ernährungssicherung),
2. der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser, Luft, Pflanzen- und Tierarten im Rahmen der landwirtschaftlichen Produktion (Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen)
3. die ökologiegerechte Erhaltung und Gestaltung der Kultur- und Erholungslandschaft, sowie der Schutz vor Naturgefahren (Sicherung des Lebens- und Erholungsraumes)
4. die bäuerliche Existenzsicherung (als Voraussetzung für die Punkte 1 bis 3)

Dem zuwiderlaufend wird im verabschiedeten Gesetz in § 1, Pkt. 6 hingegen der Schutz der natürlichen Lebensgrundlage den Interessen der Gesamtwirtschaft untergeordnet.

Mittel und Maßnahmen zur Erreichung der Ziele (§ 2):

1. Schaffung von Orientierungs-, Leistungs-, und Bewertungskriterien zur Erreichung der Ziele
2. Gewährung von Beiträgen des Bundes und der Länder für die öffentliche Abgeltung von Leistungen, die von der Landwirtschaft im gesamtgesellschaftlichen Interesse erbracht werden
3. Gewährung von Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Länder zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der agrarischen Produktion und Vermarktung, für infrastrukturelle Maßnahmen, insbesondere für die Investitionsförderung, sowie für Maßnahmen für Forschung und Entwicklung

Im verabschiedeten Gesetzestext laufen alle Mittel, die gewährt werden, unter dem Titel "Förderung". Die Erbringung von Umweltleistungen, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Pflege und Gestaltung der Landschaft sind nicht marktfähige Leistung der Landwirtschaft. Für sie müßten Abgeltungen geleistet werden, auf die ein Rechtsanspruch besteht.

Gelder für Förderungen werden immer wieder ein jährlicher Budgetstreitpunkt sein, für Leistungsabgeltungen hingegen nicht.

Orientierungs-, Leistungs- und Bewertungsmaßstäbe (§ 3) müssen erlassen werden:

1. Richtlinien für die Erzeugung und Vermarktung qualitätsmäßig hochwertiger Lebensmittel und Rohstoffe auf der Produktionsbasis der heimischen Wirtschaft
2. Richtlinien für die Beurteilung und Bewertung der landwirtschaftlichen Produktionsverfahren hinsichtlich des Schutzes von Boden, Wasser, Luft, sowie der Pflanzen- und Tierarten
3. Richtlinien für eine ökologiegerechte Erhaltung und Gestaltung der von der Land- und Forstwirtschaft genutzten Landschaft als Lebens- und Erholungsraum für die gesamte Gesellschaft
4. Richtlinien für die Sicherung einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft

ad § 7: Einbindung von Umwelt und Naturschutzorganisationen • ??? d. Schre

UNSER HEER: Geometrie und Subversion

Die Abbildung des hier im Faksimile wiedergegebenen Originals mit dem Titel "Subversion — bedroht Ordnung und Sicherheit. Unser Heer." in der Zeitschrift für Antimilitarismus veranlaßte das Verteidigungsministerium zu einer Klage gegen die Herausgeber. Aber nicht etwa der Inhalt erregte das ministerielle Ärgernis, nein, es fühlte sich eines "eigentümlich und schöpferisch gestalteten" Kunstwerks beraubt.

Nach dem langen Weg durch die Instanzen hatte nun der Oberste Gerichtshof (OGH) das letzte Wort: Er lehnte die Klage ab. Mit einer Begründung, die durchaus lesenswert ist.

(TATblatt-Wien, OGH)

Im ZAM 6/89 stand's zu lesen: "Subversion ist eine Tätigkeit politisch anders denkender Personengruppen, mit dem Ziel, die Bevölkerung zu passivem Widerstand, Auflehnung oder offenen Aufstand zu veranlassen"; "Subversion ist heute die aktuellste und wahrscheinlich gefährlichste Bedrohung" — "das Bundesheer ist ... zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren bestimmt."

UNSER HEER schien darüber informieren zu wollen, daß es gewillt sei, die "politisch anders denkenden Personengruppen" mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu

bekämpfen, um die "innere Sicherheit" zu garantieren.

UNSER HEER wehrt sich: Die Herausgeber des ZAM haben es zu unterlassen, die "Information" von "UNSERm HEER" zu vervielfältigen und zu verbreiten, so lautet ein Klagebegehren des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Aber nicht die Aussage des abgedruckten "Informationsblattes" hat UNSERM HEER mißfallen, nein, es war die Verwendung des "von ihren Organen entworfenen, eigentümlich und schöpferisch gestaltete Formblatt".

Prompt wurden die Herausgeber des ZAM, die ARGE für Wehrdienstverweigerung

auch verurteilt: Sie hätte die Vervielfältigung und Verbreitung des "Formblattes" zu unterlassen und das Urteil im ZAM zu veröffentlichen.

Auch das Berufungsgericht stellte fest, daß "die Darstellung auf einer geistigen Leistung, die sie vom Alltäglichen abhebe" beruhe und das ZAM mit deren Abdruck gegen das Urheberrecht verstoßen hätte.

Aber eine Instanz gab es ja noch, den Obersten Gerichtshof.

Der stellte erst mal fest, daß das Bundesministerium für Landesverteidigung ja selbst auch gar nicht die "Urheberin" des eigentümlichen Formblattes sei, und daher auch nicht das Urheberrecht geltend machen könne. Aber das sei auch mal gar nicht so wichtig, denn es handle sich ohnehin nicht um ein Werk der bildenden Künste und daher sei der angezeigte Paragraph auch gar nicht darauf anzuwenden. Das Werk müsse "schon begrifflich mit einem gewissen Maß an Originalität verbunden" sein und eine "entsprechende Werkhöhe" erreichen. "Gerade zur Abgabe solcher künstlerischer Werturteile sind aber auch die Gerichte nicht geeignet (...), entzieht sich doch eine solche Beurteilung als rein subjektive Geschmacksfrage jedweder Objektivierbarkeit (...)" (aus der Urteilsbegründung des OGH).

Der OGH führt weiters aus, daß die "erforderliche urheberrechtliche Eigentümlichkeit" fehlt, die Gestaltung gehe vielmehr nicht über die sowohl im öffentlichen als auch im geschäftlichen Bereich übliche Formgebung von Informationsblättern hinaus. Die Verwendung des Hoheitszeichens entspreche der eines Firmensignets auf dem Geschäftspapier eines Unternehmens, die Farben der Republik Österreich entsprächen der Verwendung unternehmenstypischer Farbkombinationen. Der sonstigen Umrahmung käme von vornherein keine individuelle Eigenart zu. Und jetzt wieder im Original: "Das gilt auch für das Hoheitszeichen für Militärluftfahrzeuge selbst, weil die Wahl der Kreisfläche mit einem ihr eingeschriebenen, auf die Spitze gestellten gleichseitigen Dreieck für die Anerkennung als Werk der bildenden Künste nicht ausreicht; die geometrische Form an sich ist vielmehr Gemeingut. Die konkrete Kombination dieser beiden geometrischen Formen mag zwar einen gewissen Auffälligkeitwert haben; sie ist aber doch so naheliegend, daß sie sogar in der Stammfassung der StVO 1960 BGBl Nr 159 beim Vorschriftszeichen (Verbotszeichen) nach § 52 Z 11 "Halt vor Kreuzung" Eingang gefunden hatte." ●



SUBVERSION bedroht Ordnung und Sicherheit

- ☐ Das Bundesheer ist, soweit die gesetzmäßige zivile Gewalt eine Mitwirkung in Anspruch nimmt, ferner bestimmt
b) zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt;
Bundesverfassung Artikel 79
- ☐ Kampfmittel und ihre Wirkung
I. Psychologische Kampfmittel

Bereits im Frieden ist mit Maßnahmen zu rechnen, welche darauf abzielen, die Wehrbereitschaft der Bevölkerung zu zersetzen. Hierbei werden alle Möglichkeiten ausgenützt, um zu versuchen, den Staatsbürger durch gezielte, den Gedanken der Landesverteidigung abträgliche Informationen zu beeinflussen und hierdurch alle Planungen und Maßnahmen der Bundesregierung, welche der Umfassenden Landesverteidigung dienen, als überflüssig hinzustellen.
(Ausbildungsgrundlage des Bundesheeres)
- ☐ "Die Subversion ist heute ... die aktuellste und wahrscheinlich gefährlichste Bedrohung"
Oberstleutnant Karak, Planungsoffizier des Generalstabes im Bundesministerium für Landesverteidigung
- ☐ "Subversion ist eine Tätigkeit politisch anders denkender Personengruppen mit dem Ziel die Bevölkerung zu passivem Widerstand, Auflehnung oder offen Aufstand zu veranlassen."
Bundesheerzeitschrift "Truppenführung"
- ☐ "Die Methoden, die dabei angewandt werden, sind vielfältig und wenig zimperlich. Sie reichen von der direkten Aufforderung zum Ungehorsam bis zur persönlichen Verunglimpfung von Offizieren und Unteroffizieren. Sehr beliebt sind dabei auch: Allgemein antimilitaristische Propaganda mit pazifistischen bis klassenkämpferischen Schlagworten. Z. B. "Warum auf unsere Arbeiterkameraden schießen?"
...
Oberstleutnant Karak
- ☐ "Das Jahr 1989 trennt uns bereits exakt ein halbes Jahrhundert vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. In gewissen Kreisen destabilisierender Randgruppen wird man sich hierbei die Gelegenheit sicher nicht entgehen lassen, die Soldaten von einst wieder unfairerweise und völlig zu unrecht als Verbrecher, Angehörige einer Tötungsmaschinerie, somit als Täter und nicht als Opfer darzustellen. Wir werden uns zu wehren wissen."
Der Kamerad 1, 2/89 (Zeitung des Österreichischen Kameradenschaftsbundes)

**Ab 1. September, 4 Uhr 45
wird zurückgeschossen!**

Volks-ver-zählung und kein Ende!

Wien ist und ist einfach anders..... So muß es sein; und anders als anders kann es gar nicht sein. Wie könnte es sonst passieren, daß bald ein halbes Jahr, nachdem die Gemeinde Wien unerlaubterweise die Zahl der Wien-BewohnerInnen bekannt gegeben hatte (bearbeiten dürfte doch nur das statistische Zentralamt!), offensichtlich noch immer gezählt wird? Nun flattern seltsam anmutende Briefe diverser Magistratischer Bezirksämter in die Briefkästen. Inhalt: Bitte doch einmal vorbeischaun. Nun,.... die Briefe sind nicht eingeschrieben und sonst auch nix! Wir empfehlen unseren LeserInnen daher die Weiterleitung des "Ersuchens" (siehe Abbildung) in die eigens dafür im Hauseingang aufgestellten grünen Plastikcontainer (die mit den roten Deckeln, ja,ja,...!). Welche sich über Volkszählungsangelegenheiten, den Fortgang der Arbeit oder schlicht nur das Wetter erkundigen wollen, sind eingeladen, dies unter der angegebenen Telefonnummer zu tun!

MAGISTRAT DER STADT WIEN
Magistratisches Bezirksamt für den 6./7. Bezirk
1070 Wien, Hermannsgasse 24, Tel. 93 76 46
Parteienverkehr:
Mo - Fr von 8.00 bis 13.00 Uhr, Do von 15.30 bis 17.30
Telefax: 93 76 46 / 225, DVR: 0000191
V o l k s z ä h l u n g 1 9 9 1

Herrn/Frau

Wien

Wien,

Sehr geehrte Frau!
Sehr geehrter Herr!

Auf Anordnung des Österreichischen Statistischen Zentralamts hat die Gemeinde Wien entsprechend des § 6a Abs.3 des Volkszählungsgesetzes (BGBl. Nr. 199/1980 und Nr. 149/1990) eine Überprüfung der Wohnsitzangaben vorzunehmen.

Sie werden ersucht,

bis spätestens 26. Juni 1992 in der Zeit von 8.00 bis 13.00 Uhr

am magistratischen Bezirksamt für den 6./7. Bezirk, Hermannsgasse 24, 1070 Wien, 1. Stock, Zimmer 103, zu erscheinen bzw. anzurufen.

Hochachtungsvoll
Die Zählungsreferentin:

Tel.: 93 76 46/215

Taferner

Ratten im Parlament

Drei lebende und eine selbstgebastelte Ratte "Rudi" waren am Nachmittag des 25. Juni zu Besuch im Parlamentsgebäude. Dorthin gekommen sind sie mit einer Gruppe von Schülerinnen, die ihren Protest gegen Tierversuche im Allgemeinen und Toxizitätstest im Speziellen an die ParlamentarierInnen bringen wollten. Toxizitätstest wird ein "Versuch" genannt, bei dem verschiedenste Substanzen in die Augen der Tiere geträufelt werden, um danach deren Reaktion feststellen zu können. Auf diese Art und Weise kann die Wissenschaft etwa zur äußerst überraschenden, aber nicht unwichtigen Erkenntnis gelangen, daß Salzsäure im Auge den Viecherln unerträglich weh tut,

Wasser aber nicht. "Diese Art von Tierversuchen ist ganz besonders sinnlos, da die Tiere auf die Giftigkeit von Substanzen anders reagieren als Menschen und für völlig unwissenschaftliche Ergebnisse extreme Qualen erleiden müssen" (aus dem Flugblatt der Schülerinnen).

Eine Diskussion mit den Nationalratsabgeordneten Motter (FP), Gatterer (VP), Gränits (SP) und Petrovic (Grüne) kam nicht so recht zu Stande, da die Hektik ob der Rechnungshof-Debatte groß und die Zeit der Abgeordneten für "ihr" Wahlvolk wie üblich knapp war. Die nicht zu Unrecht angefressenen Schülerinnen konnten den geschäftigen Rätinnen der Nation aber immerhin das Versprechen abringen, im kommenden Herbst die Schulen der Rattenfreundinnen zu besuchen. Schließlich zog die Ratte Rudi, das "Freiheitssymbol der Tiere", seinen 20 Meter langen und mit verschiedensten Aussagen wider der Tierfolter drapierten Schwanz ein und vertrollte sich....

Rechtsbeistand im Stellungsverfahren

Zur Stellung soll Mann alleine kommen, und tut er das nicht, so muß er bestraft werden. Nachdem nun Gerichtsverfahren ge-

hen AntimilitaristInnen, die mit mehreren FreundInnen als Rechtsbeistand (§10 Abs.5 AVG) vor der Stellungskommission erschienen waren (und prompt nach Hause geschickt wurden), recht kläglich geendet hatten, rächte sich das Bundesheer mit Verwaltungsstrafverfahren. Und kläglich war wiederum, was da herauskam. Unfähig ein Datum richtig zu schreiben oder aber die Begriffe "Zahlwort" und "unbestimmter Artikel" auseinanderzuhalten und vor allem unwillig, sich mit den Argumenten der Antimilitaristen auseinanderzusetzen wurden von den Polizeijuristen Straferkenntnisse für den Papierkorb "erarbeitet": Damit sollte sich doch lieber die nächst höhere Instanz beschäftigen.

Inzwischen ging auch die höhere Instanz den Weg der ersten: Zwar wurden die

"Schuld" der Stellungspflichtigen bestätigt, jedoch gleichzeitig auch die Höhe der Strafe (quasi als Zuckerl) herabgesetzt. Die genaue Argumentation der 2. Instanz (Unabhängiger Verwaltungssenat) ist noch

TATblatt

KURZ-MELDUNGEN

nicht bekannt, denn die Berufungsbescheide sind noch nicht ausgefertigt. Die Betroffenen freuen sich aber schon auf den Gang zu den Höchstgerichten,.... und auf die nächsten Stellungstermine. Im Verlauf des Verfahrens hatte nämlich ein Zeuge zugegeben, daß ihm per Weisung von oben verboten worden war, den Stellungspflichtigen, wie im Gesetz vorgesehen, sog. Verwaltungsrechtliche Bescheide in die Hand zu drücken. Gegen diese hätten die Bescheidempfänger (=die Guten) dann in Berufung gehen könnten, ohne ein Strafverfahren zu riskieren. Daraus können doch Schlüsse gezogen werden:

- 1) Das Bundesheer hat Spaß (oder einen anderen Grund) daran, seine Kritiker zu kriminalisieren, und
- 2) Es ist sich bewußt, daß die rechtliche Position der Rechtsbeistand-Liebhaber korrekt ist und es selbst sich im Unrecht befindet....

Dafür spricht auch, daß die Berufungsbehörde stets vermeidet, die Rechtsfrage an sich zu behandeln (die Frage, ob Mann mehrere Personen zur Stellung als Rechtsbeistand mitnehmen darf oder nicht). Mal wird ein Verfahren eingestellt, weil die Polizei angeblich schwerwiegende Verfahrensfehler begangen haben soll (Aber die Polizei macht doch keine Fehler. Sie ist der Fehler!), ein anderes Mal wird wegen zu spät Kommens 500 Öschis Strafe ausgesprochen.

Nun..., demnächst werden sich nun einige höhere Bundesheeroffiziere zu entscheiden haben, ob sie lieber ein Disziplinarverfahren (Mißachtung einer Weisung) oder eine Verurteilung des Bundesheeres beim Verwaltungsgerichtshof riskieren wollen. The Show must go on! Bundesheerler auf den Mond (wir gehen davon aus, daß sie dort keinen Schaden anrichten können)!

Be-Lager-ung des Ostwalls der Festung Europa!

Im September ist es zwei Jahre her, daß das österreichische Bundesheer zum Assistenz-

BAUERN AUFGEPASST!

DIE KÜHE WERDEN VIEL
MEHR MILCH GEBEN



①

einsatz zur "Sicherung der Grenzen" beauftragt wurde. Gesichert werden soll ganz im Sinne der Festung Europas der Wohlstand Österreichs gegen jene, die aus ihren mörderischen und unerträglichen Lebensbedingungen zu entkommen suchen. Bisher wurde von den Flüchtlingsjägern über 15 000 "illegale EinwanderInnen" aufgegriffen. Um den Widerstand gegen diesen unmenschlichen Militäreinsatz wieder anzukurbeln, werden wir ein Camp an der Grenze errichten.

Das Widerstandscamp an der österreichisch-ungarischen Grenze findet vom 1. bis 4. September 1992 statt!

(Am 3.9.90 begann der sog. Assistenzeinsatz)

Falls ihr Interesse am geplanten Lager und den diesbezüglichen Aktionen habt, bitten wir euch um eure baldige Rückmeldung: schriftlich an "Österreich ohne Heer"; Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien oder telefonisch unter 0222/533 12 38 oder 535 91 09

Übrigens: Welche behaupten wollen, daß sich das österreichische Bundesheer oder gar Verteidigungsminister im Rahmen des Assistenzeinsatzes an der Grenze zu Ungarn an einer Menschenhatz beteiligt, hat mit der Einleitung eines Strafverfahrens wegen "Übler Nachrede" (§111 StGB) bzw. Beleidigung des Bundesheeres (§115 StGB) zu rechnen!

Ein Medium überlebt seine Verfolger!

tabu, die Zeitung der HOSI-Jugendgruppe, feiert sein 4. Jubiläum, und was noch toller ist, das Ende zweier der drei Homosexuelle diskriminierenden StGB-Paragrafen. Nun kann sich das Magazin rühmen, das



②

einziges jemals wegen "Werbung für gleichgeschlechtliche Unzucht" verurteilte Medium Österreichs zu sein, denn ab '93 gibts die Paragraphen 220 (siehe oben) und 221 StGB (Vereinsverbot) nicht mehr. Neben Infos, wo und wie sich in Paris Schwule bzw.

Lesben kennenlernen (nämlich im jeweils 2. U-Bahn-Waggon), gibts auch Interessantes für Heteroristen: Wusstet ihr denn etwa, daß Donald Duck schwul ist? Vorbildlich übrigens seine Neffen, die ihn mit den Worten "Sein Sexualleben ist seine Privatangelegenheit" verteidigen (Dagobert macht wie üblich Probleme)!

tabu — Das schwule Ju-

DIE BAUERN WERDEN
STEINREICH ③



gendmagazin
HOSI-Jugendgruppe
Növaragasse 40; A-1020 Wien

Radiopirat in Graz verurteilt

Am 24. Juni wurde der angebliche Radiopirat Gerald in Graz zu 4800 Öschis Geldstrafe verurteilt, weil er versucht hatte, die Beschlagnahme einer Sendeanlage zu verhindern. Der Vorfall ereignete sich im April 1991 während des Aufstiegs zur Ruine Gösting, von wo aus, so vermutete zumindest die Post, die RadiopiratInnen hatten senden wollen. Gerald's Vergehen: Er hatte versucht, den ihn schon einige Zeit observierenden Postlern zu entkommen. Die ursprüngliche Anklage lautete auf schwere Körperverletzung, konnte aber nicht aufrecht erhalten werden.

Der wahrscheinlich dickste Brocken steht aber noch vor Gerald: In einem Verwaltungsverfahren wegen unerlaubten Besitzes einer Sendeanlage droht noch eine Geldstrafe!

Kunst-, Kultur- und Polit-Stammtisch mit Helmut und Dagi!

Einen Kultur- und Politstammtisch wollen einige Leute aus dem Mariahilfer Kulturbetrieb initiieren. Beginnen soll das Ganze am 4. September ab 18 Uhr im Restaurant "PIPAPO" (Wien 6; Marchettigasse 18). Ziel der Initiatoren ist es "Akzente zu setzen und Wege aufzutun, damit Kunst und Kultur nicht immer nur einer gewissen Schicht zugänglich ist. Kunstmätze sowie Manager und Agenturen, aber auch diverse TV- und Rundfunkanstalten aus dem In- und Ausland sowie verschiedene Journale werden diesem Stammtisch einen besonderen Aufputz verleihen" (Organisatoren). Wenns wahr ist, dann kommen am 4. September neben Helmut Zilk und Dagmar Koller auch Stefanie Werger und Ostbahn Kur-ti.....

DIE KONSUMENTENPREISE
WERDEN FALLEN ④



DAS ALLES UND VIELES MEHR



WENN WIR ERST EINMAL IN DER EG SIND!

⑤

Kinder aus Frauenhäusern beim Rathaus: "Wir wollen Kinderbetreuung!"

Am 26. Juni fand sich eine Delegation von Kindern aus den beiden Wiener Frauenhäusern mit zwei MitarbeiterInnen vor dem Rathaus ein, um auf das Fehlen von Kinderbetreuerinnen in den Wiener Frauenhäusern aufmerksam zu machen. Obwohl der Besuch angekündigt worden war und die Kinder ihre Forderung den Verantwortlichen Smejkal und Mayr persönlich stellen wollten, wurden sie nicht ins Rathaus eingelassen. Beide Wiener Frauenhäuser bräuchten dringend zwei Kinderbetreuerinnen je Haus. Wien ist das einzige Bundesland, in dem Kinderbetreuung im Rahmen der Frauenhäuser von den StadtpolitikerInnen für unnötig gehalten wird!

In den Wiener Frauenhäusern leben durchschnittlich 50 Kinder, die Tendenz ist steigend (1991: 15 078 Kinderübernachtungen).

Termine

Wien

Fr, 3. Juli, 19.30 Uhr: Info- und Diskussionsveranstaltung "Das neue Asylgesetz — Möglichkeiten des Widerstands" im EKH (Ernst-Kirchwegerhaus, 1100, Wielandgasse 2-4)

Mi, 15. Juli, 20 Uhr: Offener Abend der IGARA zu "Imperialistische Politik am Beispiel Jugoslawiens", Galerie im Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

jeden Donnerstag 20 Uhr: Rechtshilfedisco im EKH (Ernst-Kirchwegerhaus, 11, Wielandgasse 2-4)

jeden Freitag (!!auch im Sommer!!) 16 Uhr Radhausplatz: Radldemo (vulgo RAF)

17. September bis 1. Oktober: "Mörderinnen" — FrauenFilmFestival im Filmcasino und der VHS Stöbergasse. Ausführliches Festivalprogramm bei FrauenFilmInitiati-

"Jedes Kind, das ins Frauenhaus kommt, bringt seine eigene Geschichte von Gewalt mit; entweder als Zeugin oder Zeuge der Mißhandlung an der Mutter und/oder als Opfer (an sich selbst) erlebter seelischer, körperlicher und sexueller Gewalt. Die Kinder leben unter extremen psychischen Spannungen und vielfach in Angstsituationen. Das bedeutet, daß sie gezielte professionelle Unterstützung benötigen, um ihre Erfahrungen verarbeiten zu können.

Unterstützt die Forderung nach Kinderbetreuung in den Wiener Frauenhäusern!" (Aussendung der Frauenhaus-Mitarbeiterinnen)

Sport: Jabadaduuuuuuuuuu!!!

Mit überaus großer Genugtuung nehmen die zur Zeit (Freitag, 21 Uhr 56) im TATblatt-Büro Anwesenden zur Kenntnis, daß die schieß Piefke gerade drauf und dran sind, abzubeißen! Zwar tut es wirklich weh,

UND NOCH WAS! DAS HÄTT ICH BEINAHE VERGESSEN!



⑥

daß solche Menschen wie Gullit und Rijkaard ausgeschieden sind, aber solange die Piefke verlieren, ist alles in Butter. Schönen Gruß übrigens an die GenossInnen in der BRD.....und nix für ungut! (soll heißen: nicht mitbetroffen fühlen ... oder vielleicht doch?)

(Diese Meldung wurde aus Platzgründen kurzfristig umverlegt, sollte eigentlich zu den internationalen Kurzmeldungen)

Much-Cartoon vom Titelblatt der Zeitschrift "Die Bergbauern" der Österreichischen Bergbauernvereinigung vom Juni dieses Jahres geklaut.

UND SELBSTVERSTÄNDLICH KOMMT DANN DAS CHRISTKIND VIER MAL IM JAHR



⑦

ve, c/o Inst. f. Theaterwissenschaft, Gölsdorf, 3/7, 1010 Wien; Tel: 533 65 05.

Oberösterreich

Kapu (4020, Kapuzinerstr. 23)
Fr, 3. Juli, 20 Uhr: Live-Radio-Show
Sa, 4. Juli, 20 Uhr: Give Kapu a last Chance! Mit Killed by telephone, Klassenordner und Groove.

Burgenland

So, 19. Juli, ab 14.30: Fiesta por los 500 Años de Resistencia en Latinamerica y en Burgenland — Fest "500 Jahre Widerstand in Lateinamerika und im Burgenland" mit KünstlerInnen, LaiInnen, PolitikerInnen und Solidaritätsbewegten aus Mitteleuropa und aus Lateinamerika
Großpetersdorf, Fischerweg 2 (Nähe Schwimmbad Großpetersdorf)
(Anmerkung des Setzers: Erdteile nach der Sprache zu benennen, in der sie kolonisiert wor-

den sind, also beispielsweise Anglo- und Latinoamerika, hat für mich immer einen etwas bitteren Beigeschmack. Nur als Hinweis für die VeranstalterInnen und Gäste des Festes...)

München

Weltwirtschaftsgipfel 1992
3. Juli bis 5. Juli: Internationaler Gegenkongress in der Uni München
Sa, 4. Juli: Großdemonstration — Auftaktkundgebung 13 Uhr Marienplatz, Abschlußkundgebung 17 Uhr Odeonsplatz
6. Juli bis 8. Juli: Aktionstage gegen den Gipfel
Informationen in Wien über das MUKUZ (WUK, Währingerstr. 59, 1090); Tel: 408-75-30
Infos in München:
zum Kongreß: Kongressbüro Sprecherrat der LMU, Leopoldstr. 15, 8000 München 40; Tel: 2180-2072
allgemein: Infoladen (Breisacherstr. 12, Keller, München 80); Tel: 448 96 38

betrifft: TATblatt

Was du in deinen Händen hältst ist das letzte TATblatt vor der Sommerpause; und falls sich nicht einzelne Menschen aus dem Kollektiv dazu aufrufen im Sommer etwas zu produzieren erhältst du das nächste TATblatt erst in der zweiten Septemberhälfte.

Doch diese Sommerpause ist nur die Ruhe vor dem Sturm, den wir ab Herbst auslösen werden.

Das letzte Produktionsjahr war gezeichnet von Hindernissen im Produktionsprozeß. Oft mußte ein schon fix fertiges TATblatt um Tage verschoben werden, alles wegen technischen Schwierigkeiten.

Unter solchen Umständen wollten und wollen wir nicht weiter machen. Deshalb haben wir uns dazu entschlossen unsere eigene "Hausdruckerei" aufzubauen und ab Anfang September wird alles stehen. Für uns

hat es den Vorteil mit einem Minimum an Streß zu produzieren, für dich den Vorteil das TATblatt wirklich regelmäßig zu erhalten - waren ja wirklich unhaltbare Zustände. Gruppen und Einzelpersonen von außen sind herzlichst eingeladen diese neue Infrastruktur zu nützen (Flugblatt mit Preisliste liegt bei).

Eröffnet wir das ganze am **7. September '92**. Die **Öffnungszeiten** sind von **Montag bis Donnerstag 12 -16 Uhr**.

Zu diesen Zeiten ist unser Büro geöffnet und alle die uns besuchen, anrufen, die Infrastruktur nutzen, sich Infos holen wollen können dies während dieser Zeiten machen. Menschen die sich als HandverkäuferIn betätigen wollen (wir brauchen noch viele, viele) können sich zu diesen Zeiten die TATblätter abholen. Der Verkaufspreis beträgt 15 öS; 10 öS davon gehören euch.

Das ganze klingt ja wirklich toll, hat aber wie immer einen Haken: Wir haben die ganzen Geräte natürlich nicht geschenkt bekommen, sondern uns kräftig verschuldet. Um wieder aus diesen Schulden rauszukommen, suchen wir noch Menschen die uns im Rahmen der "Solidaritätssteuer" (siehe Kasten) helfen. Schon ab 50 öS monatlich bist du dabei und hilfst mit eine linke Struktur zu erhalten.

Also dann, einen wunderschönen Sommer und

**Liebe + Kraft
wünscht dir das
TATblatt Kollektiv**

TATblatt lädt ein zum:

Projekt

Solidaritätssteuer!

Endlich ist es soweit: das TATblatt sucht wieder mal einen neuen Weg um an eine Menge Geld zu kommen.

Seit mehr als drei Jahren gibt's nun das TATblatt und ebenso lange gibt es Menschen die viel Zeit, Kraft und Energie in dieses Projekt stecken, ohne einen Groschen dafür zu sehen. Wir wollen jetzt keine Lobhudelei betreiben, doch wir meinen, es ist nicht ohne, in einem Land wie Österreich 3 Jahre lang kontinuierlich ein Medium herauszugeben, das "Nachrichten aus dem Widerstand" an die Öffentlichkeit bringt.

Wir wollen weiterhin das TATblatt herausgeben, aber nicht unter Bedingungen wie sie bisher bei uns vorherrschten.

Am 1. April ist jene Druckerei in Konkurs gegangen, die uns freien Zugang zu den Produktionsmitteln ermöglichte. Wir haben nun keine Möglichkeit mehr das TATblatt selbst zu drucken. Eine Möglichkeit wäre es das TATblatt in einer kommerziellen Druckerei drucken zu lassen, doch ökonomisch wären wir damit binnen kürzester Zeit am Ende.

Wir haben uns nun dazu entschlossen eine eigene Infrastruktur aufzubauen,

um weiterhin kontinuierlich erscheinen zu können.

Diese Infrastruktur soll aber auch anderen Personen und Gruppen zur Verfügung gestellt werden, die sich den Weg in eine Druckerei nicht leisten können.

Doch jetzt zum Wesentlichen:

Das TATblatt-Kollektiv hat beschlossen, ab 7.9.92 die Druckerei in Betrieb zu nehmen und hat sich durch die Anschaffung der nötigen Infrastruktur extrem verschuldet.

Um das alles zu finanzieren benötigen wir noch rund 5000 öS monatlich. Bei diesem gewaltigen Loch haben wir natürlich an eure Solidarität gedacht und deshalb zurück ...

... zum Projekt Solidaritätssteuer:

Wir suchen ab sofort und ganz, ganz dringend Menschen, die sich selbst besteuern. Kleines Rechenbeispiel: 50 Menschen, die monatlich 100.-öS an uns überweisen, würden genügen, um unsere Vorstellungen zu verwirklichen.

und so funktioniert:

Als Untergrenze der Solisteuer haben wir uns 50.-öS/Monat gedacht. Diesen Betrag könnt ihr nach Belieben erhöhen/vervielfachen.

Die Solisteuer überweist ihr uns dann einfach per Dauerauftrag auf unser Konto:

P.S.K. 7547.212

Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt

Dann schickt ihr uns eine Postkarte mit eurem Namen + Adresse, damit wir euch das TATblatt auch zusehen können.

Also überlegt euch, wie wichtig euch ein Medium wie das TATblatt ist (zwei Bier, ein Kinobesuch, ein Konzert, zwei Packerl Zigaretten, ein Doppler Wein...../Monat sind für viele von uns kein Problem - wie wichtig ist uns ein linkes Projekt?) und helft uns massivst, um unser Vorhaben in die Realität umzusetzen.

Helft mit, damit die Nachrichten aus dem Widerstand auch wirklich an die Öffentlichkeit gelangen!!!



Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstveraltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erdulden und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Das TATblatt-Kollektiv:
TATblatt-Wien: 1060 Wien,
Gumpendorferstraße
157/11; Telefon:
(0222) 56 80 78; Plenum: jeden
Donnerstag um 19 Uhr

... UND EINEN
SPANNENDEN + ERGEBNIE-
REICHEN SOMMER! DAS KOLLEKTIV

Die optimale Milchverpackung

Nachdem die österreichische Tetra Pak-Gesellschaft von der ARGE Müllvermeidung den "Müllvermehrungspreis 1992" bekommen hatte, revanchierte sie sich mit der Überreichung der "optimalen Milchverpackung" an die Vorsitzende der ARGE Müllvermeidung: der 4-jährigen Milchkuh Susi – läßt sich zwar nicht im Kühlschrank unterbringen, wohl auch kaum in der Wohnung, aber sie verursacht den wenigsten Abfall...

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 140,— für 10 Ausgaben oder S 270,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 200,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abgebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abgebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: NEUNEUNEUNE! (0222) 568078 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.



...und im Einzelnen:

WIEN 1: ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntner Torpassage – beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Tabarstraße 11b) **WIEN 3:** ● Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf „Unser Laden“ (Apostelgasse 17) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stiegegasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Rave Up (Hofmühlgasse 9) **WIEN 7:** ● Platten Why Not (Kirchengasse) **WIEN 8:** ● EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) **WIEN 16:** ● Beisl CI: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● Utopia (Tschamlerstr. 3) **SCHWERTBERG:** ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21)

Änderungen vorbehalten! Stand Juni 1992